

H 8040 F
ISSN 1619-1404
27. Jahrgang
Nummer 159
März | April 2016
3,50 Euro

Unser Titelbild: mit »Ku-Klux-Klan«-Symbol tätowierter Neonazi beim Aufmarsch in Bad Nenndorf 2012 – Photo: Mark Mühlhaus/attenzione

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

kaum eine Organisation steht so sehr für rassistischen und antisemitischen Terror wie der »Ku Klux Klan« (KKK). Vor 150 Jahren als Geheimbund gegründet, verübten die Mitglieder des KKK zahlreiche Morde und Übergriffe insbesondere gegen AfroamerikanerInnen. Als der Bund in den 1920ern mit mehreren Millionen Mitgliedern eine wahre Blüte erlebte, richtete er sich auch gegen politische GegnerInnen, GewerkschafterInnen, Juden und Jüdinnen und ImmigrantInnen.
Die rassistische Ideologie des »Ku Klux Klan« sprach auch deutsche Neonazis an, die ab den 1980er Jahren immer wieder versuchten, Klan-Gruppen aufzubauen. Die Gewalt des Klans diente als Inspiration für extrem rechte Terrorstrategien, die im militanten Milieu der 1990er Jahre auf fruchtbaren Boden fiel. »Rassenkrieg« und »Führerloser Widerstand« tauchten als Konzepte radikaler Neonazis aus den USA auf und wurden in Deutschland begierig aufgegriffen. Dass sich der »Nationalsozialistische Untergrund« (NSU) dieser Strategien bediente, ist kein Zufall. NSU-Mitglieder und -UnterstützerInnen nahmen Mitte der 1990er Jahre an Kreuzverbrennungen teil. Anfang der 2000er Jahre bildete sich eine KKK-Gruppe in Baden-Württemberg, bei der nicht nur ein Vorgesetzter der 2007 ermordeten Polizistin Michele Kiesewetter, sondern auch der Verfassungsschutzspitzel Thomas Richter alias »Corelli« aktiv waren.
Der »Ku Klux Klan« lebt auch von seiner Symbolik und seiner Mythenbildung. Sein Einfluss wird manchmal überschätzt, intern ist die Organisation zersplittert und zerstritten. Auch die Gruppen in Deutschland müssen kritisch beleuchtet werden – welche Relevanz hatten sie tatsächlich in der Neonaziszene? Der KKK sollte immer vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass er möglichst mächtig und einflussreich erscheinen will. Um ein ausgewogenes Bild des Klans zu zeichnen, haben wir uns als »der rechte rand« für diesen Schwerpunkt entschieden. Wir wissen, dass auch wenn die Mitgliederzahlen heute auf historisch niedrigem Niveau liegen, der Klan und sein ideologisches Erbe noch aktuell sind. In den USA lässt sich der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump vom ehemaligen Klan-Anführer David Duke unterstützen. In Deutschland sehen wir mit den Erfolgen der »Alternative für Deutschland« biologistische Konzepte aufleben, die dem Rassismus des KKK durchaus ähneln.

Richtigstellung:
In der Ausgabe 158 haben wir im Artikel »Der Fatalist« auf Seite fünf, fälschlicherweise eine Person in Zusammenhang mit bei Hausdurchsuchungen sichergestellten CDs (»NSU-NSDAP«) gebracht. Diese Information war falsch und beruhte auf einer bedauerlichen Verwechselung. Wir entschuldigen uns für diesen Fehler bei unseren LeserInnen.

Kapitulation der »Mitte«

von Charles Paresse

Das Ergebnis der Landtagswahlen am 13. März ist ein politisches Erdbeben. In Baden-Württemberg haben 15,1 Prozent der WählerInnen die extrem rechte »Alternative für Deutschland« (AfD) gewählt, in Rheinland-Pfalz 12,6 Prozent und in Sachsen-Anhalt sogar 24,2 Prozent. In dem ostdeutschen Bundesland landete die Partei direkt hinter der CDU an zweiter Stelle. Auf einen Schlag hat sie mehr als 60 Parlamentssitze hinzugewonnen und ist nun in acht Landesparlamenten vertreten. Und sie hat aus dem Stand in Sachsen-Anhalt 15 und in Baden-Württemberg zwei Direktmandate gewonnen. Das heißt im Klartext: In 17 Wahlkreisen haben die KandidatInnen der AfD die meisten Erststimmen geholt. Direktmandate teilten sich bisher gewöhnlich die CDU/CSU und die SPD, im Osten hin und wieder auch DIE LINKE. Aber Direktmandate für eine Partei der extremen Rechten? Bis vor wenigen Wochen war das unvorstellbar.



Der Erfolg der AfD kam schnell: Knappes Scheitern bei der Bundestagswahl Ende 2013, Einzug ins Europaparlament im Sommer 2014 und seitdem folgt ein Wahlerfolg dem anderen. In der Bundesrepublik vollzieht sich in einer atemberaubenden Geschwindigkeit, was in anderen Ländern Europas seit Jahren zu beobachten ist – der Aufschwung rechter bis neofaschistischer Parteien. Die Gesellschaften rückten dadurch zumeist noch weiter nach rechts. Statt klarer Kante gegen Rechts gab es in den letzten Wochen und Monaten auch in Deutschland die Anpassung an rassistische Diskurse und die Übernahme der Forderung vom rechten Rand. Die unerträgliche Debatte über »Obergrenzen« bei der Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik oder Hofieren des rechten Autokraten Viktor Orbán durch Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) zeigen: Die »Erosion der Abgrenzung« (Friedbert Pflüger) ist weit fortgeschritten.

Dabei ist die Situation nicht völlig neu: Nach 1966 zog die NPD in sieben Landtage der damals noch kleineren Bundesrepublik ein. Jahre später kam die Partei »Die Republikaner« 1989 ins Europaparlament und ins Berliner Abgeordnetenhaus, 1992 und 1996 gelang der Sprung in den Landtag von Baden-Württemberg – teils mit Ergebnissen um die 10 Prozent. Die »Deutsche Volksunion« saß jahrelang in den Parlamenten von Bremen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, die NPD in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Europaparlament. Brandanschläge, rassistische Gewalt, Neonazi-Aufmärsche und rassistische Debatten in der Mitte der Gesellschaft hat es in Wellen auch immer gegeben. Doch neu ist, dass es derzeit einer Partei der extremen Rechten erfolgreich gelingt, den rechten Rand und die rechte Mitte zu mobilisieren. Die AfD brachte in großer Zahl NichtwählerInnen an die Urnen. Jahr für Jahr haben die Studien zu den politischen Einstellungen in der Bundesrepublik dieses Potential beschrieben. 2002 stellte das Team um den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer in der Studie »Deutsche Zustände« im Westen ein »rechtspopulistisches« Potential von 18,3 Prozent und im Osten 24,8 Prozent fest. 2014 seien die Werte im Osten auf 28 Prozent gestiegen, im Westen leicht gesunken, heißt es in der Studie »Fragile Mitte. Feindselige Zustände« – ziemlich exakt die Wahlergebnisse vom 13. März. Zeitgleich zu den Wahlerfolgen gibt es im Osten immense Mobilisierungen auf den Straßen, bundesweit einen breiten Rechtsruck der öffentlichen Debatte und eine Welle der Gewalt. Und das – das zeitgleiche Zusammenkommen dieser vier Faktoren – ist neu. Mittlerweile sind Parallelwelten entstanden. Milieus, die von niemandem mehr erreicht werden – nicht von Bildungseinrichtungen, Medien, Gewerkschaften, Politik oder gesellschaftlichen Eliten. Es gibt Regionen, in denen die gesellschaftliche Stimmung gekippt ist.

Im September werden in Niedersachsen die Kommunalparlamente gewählt, in Berlin das Abgeordnetenhaus und in Mecklenburg-Vorpommern der Landtag. Es gibt kaum eine Hoffnung, dass der Höhenflug der AfD bis dahin gestoppt werden kann. Eine weitere Stärkung der Partei und ein weiterer Rechtsruck der Gesellschaft stehen bevor.

Die gesellschaftliche »Mitte« scheint angesichts der Entwicklung schon längst die Waffen gestreckt zu haben. Die Ideale der bundesrepublikanischen Demokratie sind offenbar nicht mehr viel wert. Die Erfolge der antidemokratischen, rassistischen und antiegalitären AfD, die rechten Mobilisierungen und rassistische Gewalt führen weder zu einem »Aufstand der Anständigen« noch zu gesteigerten Aktivitäten der in Sonntagsreden viel gepriesenen »wehrhaften Demokratie«. Man hat vielmehr den Eindruck, die demokratischen Eliten kapitulieren kampflos. Drei Beispiele: In der konservativen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« hält Jasper von Altenbockum, verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik, in einem Kommentar den Ausschluss von Koalitionen mit der AfD für einen Fehler (17. März 2016). Die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland Ilse Junkermann meint, die AfD müsse nun nach den Wahlen »ihre politische Arbeitsfähigkeit unter Beweis« stellen, die Mitglieder der Partei dürften von den Gemeindekirchenräten »nicht ausgestoßen werden« (»Glaube + Heimat«, 19. März 2016). Und in der linksliberalen Berliner »tageszeitung« fordert die innenpolitische Korrespondentin Sabine am Orde, dass beim Umgang mit der AfD die »Nazikeule« weggestellt werden müsse. Denn nicht alle Mitglieder der Partei seien rassistisch, so mancher wünsche sich »schlicht die Union der achtziger Jahre zurück«. Den politischen Feind trotz besseren Wissens zu unterschätzen, ist keine hilfreiche Strategie, um ihn zu besiegen. Der hilflose Umgang mit der AfD, das Lavieren am rechten Rand und das Nachgeben gegenüber den Stammtischen schwächt all jene, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und gegen Rechts einsetzen und ermutigt die BrandstifterInnen – die verbalen und die realen.

Erwartungen erfüllt

Die im Vorfeld der Landtagswahlen vom 13. März kursierenden Prognosen über den zu erwartenden Stimmenanteil der »Alternative für Deutschland« haben sich als richtig erwiesen. Die »Alternative für Deutschland« ist nun in den Landtagen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt vertreten – und damit mittlerweile in der Hälfte aller Landesparlamente.

von Fabian Boist, Tamer Le Gruyere, Sebastian Wehrhahn und Alex Wißmann



^ Jörg Meuthen zusammen mit Frauke Petry beim Parteitag in Hannover 2015

Der Austritt von Parteigründer Bernd Lucke und seinen AnhängerInnen (s. drr Nr. 158) und die damit einhergehende Durchsetzung von Fraktionen, die noch weiter rechts stehen, hat sich für die »Alternative für Deutschland« (AfD) ausgezahlt. Sie hat es geschafft, mit schrillen Tönen und rassistischen Ausfällen präsent zu sein und den Wahlkämpfen ihren Stempel aufzudrücken. Der Erfolg ist auch eine Bestätigung für die Parteispitze um Frauke Petry.

Baden-Württemberg

Über jedem Satz des Wahlprogramms liegt die Drohung des Untergangs. Sie taucht in Variationen mal als »das Ende der deutschen und europäischen Kultur«, als »katastrophale Folgen für die innere Sicherheit« oder schlicht als »Katastrophe für Deutschland« auf. Dementsprechend existentiell versteht die AfD auch ihren Auftrag: »Die AfD gibt dem erwachenden Widerstand des Bürgertums gegen seine Abschaffung eine politische Form.« Bei den Wahlen am 13. März erhielt sie damit 15,1 Prozent der abgegebenen Stimmen und wird somit mit 23 Sitzen im Landtag von Baden-Württemberg vertreten sein. Konkret droht die Katastrophe vor allem durch Zuwanderung. Keinem anderen Thema widmet die AfD so viel Raum in ihrem Programm. Neben der rassistischen Angst vor Zuwanderung sind es auch selbstbestimmte Sexualität, sexuelle Aufklärung und reproduktive Selbstbestimmung, die als Feindbilder in Gestalt von »Frühsexualisierung«, »pseudo-wissenschaftliche(r) Gender-Ideologie« und »viel zu hohen Abtreibungszahlen« ebenfalls als Bedrohung wirken sollen. Daher ist es wenig verwunderlich, dass sich AnhängerInnen und FunktionsträgerInnen der AfD im Südwesten unter anderem aus dem sogenannten »Lebensschutz«-Milieu rekrutieren. Martina Kempf beispielsweise ist Mitglied des Bundesvorstands der Vereinigung »Christen in der AfD« sowie der »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALfA) und eine langjährige Aktivistin gegen das Recht auf Abtreibung. Im AfD-Landesverband Baden-Württemberg ist sie sowohl Mitglied des Landesfachausschusses Familie sowie Mitglied des Landesschiedsgerichts. Kempfs Vorstandskollegin beim Bundesvorstand »Christen in der AfD«, Anette Schultner, trat verschiedentlich als Rednerin bei der »Demo für Alle« auf. Ein weiterer Redner auf der »Demo für Alle« ist der AfD-Funktionär Markus Frohnmeier, Mitglied im Landesvorstand, Kandidat für Villingen-Schwenningen und Bundessprecher der »Jungen Alternative« (JA). In dieser Funktion lud ihn auch Björn Höcke im Oktober 2015 nach Erfurt zum dortigen Aufmarsch der AfD ein. Dort rief er den AnhängerInnen am 28. Oktober vergangenen Jahres zu: »Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen,

diesem Parteienfilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.« Im Gegenzug trat Höcke als Redner bei den letzten beiden Weihnachtsfeiern der JA in Baden-Württemberg auf. Hingegen ist Spitzenkandidat und Bundesvorsitzender Jörg Meuthen – anders als Höcke – stets um einen moderaten Eindruck bemüht. Er scheint immer dann gefragt zu sein, wenn es gilt zurückzurudern, wenn Höcke, Petry, Frohnmeier oder andere VertreterInnen der AfD mit besonders markigen Aussagen wieder einmal kalkuliert Aufmerksamkeit generiert haben. Zwar spricht auch er von »unkontrollierter Zuwanderung« und »nordafrikanischen Banden«, und beklagt, dass die »Kartellparteien« sich kaum noch unterscheiden. Seine Rolle als Bundessprecher und als Spitzenkandidat in Baden-Württemberg ist jedoch ohne Zweifel das liberale Aushängeschild.

Doch die Nähe zu Höcke ist nicht auf Frohnmeier beschränkt: Mehrere der 14 Mitglieder des aktuellen Landesvorstands unterzeichneten die »Erfurter Resolution«. Für Marc Jongen, stellvertretender Sprecher und Programmkoordinator der AfD Baden-Württemberg sowie Mitglied der Bundesprogrammkommission, stehen Höcke und dessen öffentliche Inszenierungen für die erfolgreiche Mobilisierung eines Wut-Potentials von rechts. Jongen versteht es, die Parolen der rechten WutbürgerInnen mit philosophischem Duktus vorzutragen. Er gibt vor, mit »avanciertesten Denktechniken (…) gegen die Moderne zu denken« und äußert dabei doch allzu oft rechte Allgemeinplätze. Gegen »Gender Mainstreaming« fordert er eine »Erziehung zur Männlichkeit«, das Bürgertum sieht er »im Zangengriff von parasitärem Großkapital und ausufernder Sozialindustrie«, die Deutschen müssten sich von ihrem »latenten Selbsthass« befreien und sich gegen »systemtragende Alt-Achtundsechziger« wehren. Die AfD sieht er dagegen in historischer Mission, denn »Angela Merkel hat Deutschland zweifellos an einen Abgrund geführt.« Da ist sie wieder: die Drohung des Untergangs.

Abgeordnete im Landtag:

Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Dr. Heinrich Fiechtner, Dr. med. Wolfgang Gedeon, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Heinrich Kuhn, Claudia Martin, Dr. Heiner Merz, Prof. Dr. Jörg Meuthen, Thomas Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räpple, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Rheinland-Pfalz

Die AfD in Rheinland-Pfalz machte schon Wochen vor der Landtagswahl bundesweit Schlagzeilen. Anlass war die sogenannte Elefantenrunde im SWR-Fernsehen, die drei Tage vor der Wahl stattfand. Die amtierende Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) lehnte es ab, mit VertreterInnen der AfD im Fernsehen zu diskutieren. Der SWR reagierte und lud die AfD aus, woraufhin die CDU ihre Teilnahme an der Veranstaltung absagte. Später dann doch noch die Einigung: Die Runde fand statt, mit der AfD und ihrem Spitzenkandidaten und Landesvorsitzenden Uwe Junge. Für die SPD nahm der Parteivorsitzende und Innenminister Roger Lewentz teil.

So bekam die AfD die Gelegenheit, sich medienwirksam zu präsentieren. Junge gab sich gemäßigt. Mit »Rechtsextremismus« hätten er und seine Partei nichts am Hut, die AfD sei eine konservative, bürgerliche Partei, mit dem Ziel, »ideologiefreie« Politik in den Landtag zu bringen. Sie vertrete liberale und konservative Inhalte. Doch das ist nur die eine Seite, die die AfD in Rheinland-Pfalz mit ihrer Politik bedienen will. Darüber hinaus verstand es die Partei, am rechten Rand zu fischen. Auf Wahlkampfveranstaltungen, bei denen sich die AfD nicht mit externen Fragen konfrontiert sah und die Themen selbst setzen konnte, versuchte sich die Partei als Stimme des Volkes darzustellen: Da geht es um »Asylchaos« und eine »naive Willkommenskultur«, um »Werte« gegen »die Einheitsmeinung«, um die Rolle der »Familie als kleinste Zelle des Volkes«, um »Schaden und Wohl des Volkes« und den »Verrat am eigenen Volk«. Diese beiden Seiten geschickt voneinander zu trennen, das versteht Junge. Von Berufs wegen. Uwe Junge, 1958 geboren, arbeitet als Offizier bei der Bundeswehr. Dort ist er zuständig für verdeckte Kommunikation und bildet Offiziere aus. 2009 wechselte Junge nach 34 Jahren von der CDU zur rechtspopulistischen Partei »Die Freiheit«. Dann trat er der AfD bei. Landesvorsitzender wurde er nach dem Bruch innerhalb der AfD im Mai 2015, als sechs von elf Vorstandsmitgliedern aus der Partei austraten. Bei seinen Wahlkampfreden war es Junge, der gern vom »Volk« sprach und daran erinnerte, »stolz (zu) sein, Deutsche zu sein«. Junge ist das Gesicht der AfD in Rheinland-Pfalz. Niemand anderem gelingt der Spagat zwischen »bürgerlichem« Schein und national-völkischen Inhalten so gut wie ihm. Dabei ist Junge im Landesverband nicht der einzige, der der AfD im Land einen völkischen Anstrich verleiht.

Auf Platz zwei der Landesliste steht der Koblenzer Gymnasiallehrer Joachim Paul. Ihm dürfte völkische Rhetorik auch nicht fremd sein. Paul ist seit 2007 Mitglied der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«. Die national-völkische Burschenschaft fällt häufiger durch Kontakte zur extremen Rechten auf, zuletzt zum »Aktionsbüro Mittelrhein«, dessen Mitglieder seit 2012 wegen Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht stehen. 2014 stellte die Burschenschaft den Veranstaltern des neu-rechten »Zwischentages« ihr Verbandshaus zur Verfügung. Auch bei Parteimitgliedern, die nicht für den Landtag kandidierten, finden sich weitere Verbindungen zur extremen Rechten. Robin Classen schreibt für die neu-rechten Magazine »Blaue Narzisse« und »eigentümlich frei«; Joshua David Tewalt war früher Landesvorsitzender von »Die Freiheit«. Beide sind Beisitzer im Landesvorstand der »Jungen Alternative« (JA). Der Landesverband der AfD hält sich bedeckt, wollte vor der Landtagswahl nach Möglichkeit Skandale vermeiden. Besonders deutlich wird das bei der Frage nach der bundesweiten Position des Landesverbands: Die Person, die bei der AfD am stärksten polarisiert, Björn Höcke, war bei den Wahlkampfveranstaltungen nicht zu sehen. Dabei hatte Höcke bei dem Parteitag in Bingen Anfang September, auf dem Junge zum Spitzenkandidaten gewählt wurde, begeisterten Applaus geerntet. Bei der rheinland-pfälzischen AfD kommt hinter geschlossener Tür zum Vorschein, was man hier sorgsam zu verbergen sucht.

Abgeordnete im Landtag:

Jens Ahnemüller, Dr. Timo Böhme, Dr. Jan Bollinger, Gabriele Bublies-Leifert, Dr. Sylvia Groß, Heribert Friedmann, Michael Frisch, Matthias Joa, Uwe Junge, Jürgen Klein, Damian Lohr, Iris Nieland, Joachim Paul, Martin Schmidt.



^ *André Poggenburg*

Sachsen-Anhalt

Dem Landesverband mit seinem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten André Poggenburg prognostizierten verschiedene Institute drei Wochen vor der Landtagswahl zwischen 17 und 21 Prozent der Stimmen. Letztlich übertraf die AfD mit 24,2 Prozent die Vorhersagen und zieht als zweitstärkste Partei mit 25 Abgeordneten in den Landtag ein. Dabei ist die AfD in Sachsen-Anhalt personell schwach aufgestellt. Gerade mal 320 Mitglieder zählt der im April 2013 gegründete Landesverband. Seit seinem Bestehen ist er geprägt von Streit, Skandalen und Pannen. Dabei ging es nicht nur um die Austritte infolge der Abspaltung des wirtschaftsliberalen Flügels um Bernd Lucke im Sommer 2015, sondern auch um Haftbefehle, Vorstrafen, Porno-Episoden und verurteilte Neonazischläger. Spitzenkandidat Poggenburg geriet vor kurzem wegen unbezahlter Rechnungen seines Unternehmens in die Schlagzeilen. Ideologisch zählen der Landesverband und sein Vorsitzender innerhalb der Partei zur völkisch-nationalistischen Strömung »Der Flügel«. Poggenburg und der Thüringer Vorsitzende Björn Höcke gehörten seinerzeit zu den entschiedensten Gegnern des damaligen Bundesvorsitzenden Lucke. Beide sind die Initiatoren der »Erfurter Resolution«, die offen Position bezog für PEGIDA und gegen eine Abgrenzung nach rechts. Das Papier, das auch als Gründungsdokument von »Der Flügel« gilt, wurde im April 2015 in Ziegenhagen (Landkreis Altmark) auch vom sachsen-anhaltinischen Landesparteitag angenommen. Die Resolution diagnostiziert im kulturpessimistischen Duktus der »Neuen Rechten« einen gesellschaftlichen Verfall und beschreibt die AfD »als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.)« und »als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands«. Auf dem Parteitag referierte auch Ellen Kositza gemeinsam mit ihrem Ehemann Götz Kubitschek vom »Institut für Staatspolitik«. Beide wurden im Frühjahr 2015 kurzzeitig als Mitglieder im Kreisverband Halle-Saalekreis aufgenommen, ehe der AfD-Bundesvorstand – damals noch unter Lucke – die Eintritte für ungültig erklärte. Trotz des Konflikts im Bundesverband wurde auf dem damaligen Landesparteitag bereits der Grundstein für das Landtagswahlprogramm 2016 gelegt. Volk – Nation – Identität; mit diesen Begriffen lässt sich das Programm charakterisieren. Die Präambel versucht das Land Sachsen-Anhalt als eine Wiege der deutschen Kultur darzustellen, deren positive Errungenschaften gegenüber einer »einseitigen Konzentration auf zwölf Unglücksjahre« im Vordergrund stehen sollten. Neben einer Ethnisierung sozialer Konflikte zielt das Programm darauf ab, etliche Lebensbereiche identitär, im Sinne eines völkischen Nationalismus, zu gestalten. Wörtlich heißt es: »Unsere Politik achtet den Menschen, so wie er ist – mit seinen ethnisch-kulturellen, aber auch geschlechtlichen Identitäten.« Die AfD will in die Spielpläne der Theater eingreifen, will SchülerInnen »die klassisch preußischen Tugenden« vermitteln und ihren »positiven Bezug« zu Deutschland fördern. Liberale Forderungen, wie die Gleichstellung von eingetragenen Partnerschaften mit der Ehe und das damit verbundene Adoptionsrecht, werden dagegen als »lebensfremde Gesellschaftsexperimente« abgelehnt. Dass beim Landesverband Sachsen-Anhalt nicht von Schnittmengen mit der extremen Rechten gesprochen werden kann, sondern er vielmehr als deren Bestandteil angesehen werden muss, zeigen auch die zahlreichen gemeinsamen Auftritte. Poggenburg war beispielsweise im Mai 2015 Podiumsgast auf einer Veranstaltung des Magazins »Compact«, gemeinsam mit dessen Chefredakteur Jürgen Elsässer und dem »Reichsbürger« Christian Bärthel. Aber auch auf der Straße kommt es zu gemeinsamen Auftritten; Personal der AfD beteiligt sich an Montagsmahnwachen, GIDA-Demonstrationen und Neonazi-Aufmärschen. Im Gegenzug boten die Demonstrationen der Partei, die in den vergangenen Monaten unter dem Motto »Herbstoffensive« in zehn Städten – zum Teil mehrfach – abgehalten wurden, eine Plattform für WutbürgerInnen, Hooligans und Neonazis. Eine Grenze nach Rechtsaußen wurde nicht gezogen. Beispielhaft dafür steht eine Demonstration der AfD in Klötze in der Altmark, die von Neonazis akustisch dominiert wurde. Etwa ein Drittel der 130 Teilnehmenden brüllte Parolen wie »Der Staat ist am Ende – wir sind die Wende« und »Europa, Jugend, Revolution – Ruhm und Ehre der Deutschen Nation«. Angeführt wurde der Aufmarsch von Poggenburg.

Auch wenn das Risiko von Blamagen bei der AfD in Sachsen-Anhalt hoch ist – so peinlich wie die »Deutsche Volksunion« Ende der 1990er Jahre dürfte ihr Auftritt im Parlament nicht werden. Dafür werden die erfahreneren ostdeutschen Landesverbände schon sorgen. In Brandenburg, Sachsen und Thüringen zog die AfD mit jeweils um die zehn Prozent der Stimmen in die Landtage ein. Zudem dürften die mit dem Parlamentseinzug verbundenen finanziellen Zuwendungen den Strukturaufbau der AfD in den Regionen erleichtern und damit die bundesweite Etablierung einer stabilen politischen Kraft rechts von CDU und CSU weiter stärken. Von dem Ergebnis in Sachsen-Anhalt dürften aber in erster Linie »Der Flügel« und die BefürworterInnen der »Erfurter Resolution« profitieren. Schließlich sitzen mit Gauland und Höcke zwei der Erstunterzeichner jeweils einer Landtagsfraktion vor – der dritte Erstunterzeichner Poggenburg dürfte bald auch Fraktionsvorsitzender sein – und sind für zukünftige innerparteiliche Auseinandersetzungen gut aufgestellt. Ebenso dürften die ideologischen ‹FreundInnen› vom »Institut für Staatspolitik« und den »Identitären« von der neuen Infrastruktur profitieren.

Abgeordnete im Landtag:

Gottfried Backhaus, Matthias Büttner, Jens Diederichs, Robert Farle, Lydia Funke, Andreas Gehlmann, Thomas Höse, Oliver Kirchner, Hagen Kohl, Mario Lehmann, Matthias Lieschke, Hannes Loth, Willi Mittelstädt, Andreas Mrosek, Volker Olenicak, André Poggenburg, Alexander Raue, Daniel Rausch, Tobias Rausch, Daniel Roi, Sarah Sauermann, Jan Schmidt, Ulrich Siegmund, Marcus Spiegelberg, Dr. Hans-Thomas Tillschneider.

Rechtsruck bei den hessischen Kommunalwahlen

Die Flüchtlingsdebatte hat der »Alternative für Deutschland« bei den hessischen Kommunalwahlen zu einem landesweiten Ergebnis von 11,9 Prozent der Stimmen verholfen. Wo sie nicht antrat, konnten NPD und »Die Republikaner« unerwartet hohe Erfolge verbuchen.

von Sascha Schmidt



Hessen gilt als Wiege der »Alternative für Deutschland« (AfD). Im April 2013 fand die Gründungsveranstaltung der Partei in Oberursel statt. Der im Mai 2013 gegründete Landesverband baute in wenigen Monaten nahezu flächendeckend Kreisverbände auf. Mit etwa 2.000 Mitgliedern avancierte der Verband zeitweilig zum bundesweit viertgrößten. Den Einzug in den Hessischen Landtag verfehlte die Partei im September 2013 nur knapp (4,1 Prozent). Bei den Bundestagswahlen im gleichen Jahr (5,6 Prozent) sowie den Europaparlamentswahlen 2014 (9,1 Prozent) konnte die AfD in Hessen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Zugleich war das Bild der Partei von Beginn an geprägt von Richtungs- und Machtkämpfen. Nachdem bereits ehemalige hessische Landesvorstandsmitglieder der Partei »Die Freiheit« die AfD verlassen mussten, wurden weitere Vorstandsmitglieder wegen antisemitischer Verschwörungstheorien und antimuslimischer Hetze ihrer Ämter enthoben. Die Beteiligung an dem PEGIDA-Ableger in Kassel sowie gut besuchte Veranstaltungen mit Udo Ulfkotte, Akif Pirinçci und Karl Albrecht Schachtschneider zeugten jedoch vom rechten Kurs der Basis. Der im November 2014 neu gewählte Vorstand um Konrad Adam sollte die Partei auf Lucke-Kurs bringen. Nachdem Landessprecher Peter Münch wegen des Verschweigens seiner einstigen Mitgliedschaft im Landesvorstand der hessischen »Die Republikaner« vom Landesschiedsgericht abgesetzt wurde, brodelte es an der Basis. Im Mai 2015 – noch vor Luckes Abwahl vom Parteivorsitz und der Spaltung der Partei – setzte sich in Hessen der rechte Flügel durch: Der Vorstand um Adam wurde abgewählt und Peter Münch wiedergewählt. Neben Münch sitzen unter anderem der ehemalige Frankfurter CDU-Stadtkämmerer Albrecht Glaser, der laut Hessischem Rundfunk »durch radikale Islam-Ablehnung« auffalle, und Andreas Lichert im Vorstand. Lichert ist seit 2005 Vorstandsmitglied des »Vereins für Staatspolitik«, des Trägervereins des »Institut für Staatspolitik« (IfS).

In Landkreisen und Städten gut aufgestellt

Die Gründung der »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (ALFA) führte im Sommer 2015 im hessischen Landesverband der AfD zum Verlust von rund 20 Prozent der Mitglieder sowie zum Zerfall von acht Kreisverbänden. Bis zur Kommunalwahl gelang es der AfD, dies vor allem auf Kreisebene zu kompensieren: Insgesamt 729 KandidatInnen konnte die AfD hessenweit aufstellen. In 20 von 21 Landkreisen stand sie auf dem Wahlzettel. Mit dem 2004 aus der CDU ausgeschlossenen Martin Hohmann trat zudem ein prominentes Mitglied im Kreis Fulda an. Auf Städte- und Gemeindebene zeigte sich die AfD deutlich schlechter aufgestellt. In nur 18 von 426 Städten und Gemeinden stand sie auf dem Wahlzettel. Auch die nicht-flächendeckende Plakatierung und eine relativ geringe Zahl durchgeführter beziehungsweise gut besuchter Veranstaltungen zeugen von einer strukturellen Schwäche. Trotz dieser Defizite, parteiübergreifenden Anti-AfD-Bekenntnissen sowie Medienberichten über rassistische Positionen und extrem rechte AfD-Mitglieder, wie den ehemaligen »Reichsinnenminister« der Reichsbürgerbewegung, Axel von Baumbach aus dem nordhessischen Kirchheim, ging die AfD mit einem landesweiten Wert von 11,9 Prozent als drittstärkste Kraft aus der Wahl hervor. In 18 von 20 Landkreisen erzielte sie bei Spitzenwerten von rund 16 Prozent zweistellige Ergebnisse. Mit insgesamt 279 Sitzen wird die AfD in den nächsten fünf Jahren auf regionaler Ebene vertreten sein.

Sowohl in ländlichen Gebieten als auch in Großstädten gelang es der AfD hohe Werte zu erzielen. In letzteren konnte die Partei überproportional in Stadtteilen mit hohen einkommensschwachen Bevölkerungsteilen punkten. PolitikerInnen aller Parteien, einschließlich der AfD, sind sich einig, dass dieser Wahlerfolg mit der Flüchtlingsthematik zu erklären sei. Allenthalben wurde von einer Protestwahl gesprochen. Abzuwarten bleibt, ob die AfD in Koalitionsgespräche einbezogen wird. Denn dort, wo sie einzieht, müssen vielfach neue Koalitionen gebildet werden. Landessprecher Münch kündigte zunächst nur Koalitionsgespräche mit den »Freien Wählern« an.

Die ALFA, die in Hessen nur fünf Listen aufstellen konnte, spielt bei Ergebnissen zwischen 0,5 und 1,8 Prozent – und landesweit drei Mandaten – derzeit keine nennenswerte Rolle.

Unerwartete Erfolge

Der seit Jahren zu beobachtende Abwärtstrend der NPD setze sich auch bei diesen Wahlen fort: Ihr gelang es in nur drei Landkreisen, drei Städten und zwei Gemeinden anzutreten. Im Landesdurchschnitt erreichte die NPD folglich nur 0,3 Prozent (-0,1 Prozent) der Stimmen. Auf Kreisebene kam die NPD auch in den einstigen Hochburgen Wetterau und Lahn-Dill-Kreis nicht über Werte von 2,2 Prozent hinaus. Allerdings konnte sie in den Städten der Wetterau – Büdingen und Altenstadt (jeweils rund 10 Prozent) – und dem Lahn-Dill-Kreis – Wetzlar (7,8 Prozent) und Leun (11,2 Prozent) – Spitzenwerte erzielen und ist zukünftig landesweit mit 23 Sitzen vertreten. Hier profitierte die NPD zum einen vom Nichtantritt der AfD, zum anderen von der langjährigen Arbeit führender NPD-Mitglieder wie Daniel Lachmann, Stefan Jagsch oder Thassilo Hantusch. Einen unerwarteten Höhenflug konnten »Die Republikaner« in Fulda (8,7 Prozent) und Hanau (12,4 Prozent) verbuchen und kommen auf 21 Mandate. Der Landesdurchschnitt von 0,2 Prozent (-0,5 Prozent) lässt erahnen: Auch diese Ergebnisse können mit der fehlenden Präsenz der AfD begründet werden.

NSU-Nachlese

Der NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag geht in die zweite Runde. Doch welche Aufklärungschancen bestehen überhaupt? Die Behörden setzen weiterhin auf Verzögerungstaktik.

von Gerd Wiegel

Im November 2015 wurde im Bundestag der zweite parlamentarische Untersuchungsausschuss zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) auf den Weg gebracht. Insgesamt handelt es sich damit um den zehnten Untersuchungsausschuss zur größten rechtsterroristischen Mord- und Anschlagserie in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Landtage in Thüringen, Sachsen, Bayern und der Bundestag hatten gleich nach der Selbstenttarnung des Kerntrios solche Ausschüsse auf den Weg gebracht, um das offensichtliche Versagen und die Rolle der Behörden unter die Lupe zu nehmen. In den Tatortländern Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen konnten diese Ausschüsse jedoch erst nach zähem Widerstand der Landesregierungen durchgesetzt werden, ganz gleich ob diese rot-grün, grün-rot oder schwarz-grün zusammengesetzt sind. Einige der Gremien kämpfen bis heute mit der Verzögerungstaktik durch die Ministerien, die eine zügige Aufklärung – soweit diese im parlamentarischen Rahmen zu leisten ist – nachhaltig behindern. Weil sie Herkunfts- und Wohnorte des Kerntrios waren, haben die Bundesländer Thüringen und Sachsen nach den dortigen Landtagswahlen 2014 neue Untersuchungsausschüsse auf den Weg gebracht. Denn viele Details konnten seit 2012 in der ersten Runde nicht ausreichend beleuchtet werden, weshalb viele Fragen offen geblieben waren.

Im Bundestag gab man sich lange Zeit mit den anderweitigen Möglichkeiten zur politischen Aufklärung zufrieden, bevor ein neuer Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Mehr als 40 Kleine Anfragen zum NSU-Komplex hat die Fraktion »DIE LINKE« seit 2013 gestellt, der Innenausschuss und auch das Parlamentarische Kontrollgremium haben sich in mehreren Sitzungen mit dem NSU und aktuellen Entwicklungen dazu befasst. Dennoch wurde allen kritischen Beteiligten klar: Ohne das Instrument eines Untersuchungsausschusses ist parlamentarisch nicht weiterzukommen. Die Verweigerungshaltung bei der Beantwortung von Fragen, die Nicht-Auskünfte seitens der Ministerien und Behördenleiter in den Ausschüssen, die fehlenden rechtlichen Möglichkeiten, Aussagen und Auskünfte zu erzwingen, und vor allem der fehlende Zugriff auf die Akten haben schließlich zur einhelligen Auffassung geführt, dass nur mit einem neuen Untersuchungsausschuss überhaupt noch Aufklärungschancen bestehen.

Folgerichtig und der Tradition des ersten Aufklärungsgremiums zum NSU im Bundestag folgend, wurde daher im November 2015 mit den Stimmen aller Fraktionen der neue NSU-Untersuchungsausschuss auf den Weg gebracht. Doch was kann ein solcher Ausschuss, so muss kritisch gefragt werden, heute noch leisten, was kann wirklich noch aufgedeckt werden? Und was sind die möglichen Konsequenzen und Folgen einer erneuten parlamentarischen Aufarbeitung auf Bundesebene?

Die Ämter können (fast) nicht verlieren

Wer im November 2015 die verschiedenen Dokumentationen zum Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios im Fernsehen sah oder die diversen Hintergrundartikel las, konnte feststellen, dass die Sicherheitsbehörden und namentlich der Verfassungsschutz nach wie vor als Hauptverantwortliche des staatlichen Versagens gelten. Neben den in vielen Teilen rassistisch konnotierten polizeilichen Ermittlungen gegen die Hinterbliebenen der Opfer war es vor allem die Rolle des Verfassungsschutzes als finanzieller Förderer der Neonaziszene mit seinem V-Leute-System und möglicherweise schützenden Hand über dem Trio, die hier hervorgehoben wurde. Mit Bezug auf den NSU wird dem Verfassungsschutz auch in den bürgerlichen Medien nach wie vor ein erhebliches Maß an krimineller Energie zugetraut. Diese folgerichtig nachhaltige Rufschädigung ist jedoch ohne jegliche negative politische Konsequenz geblieben. Im Gegenteil: Real hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) einen finanziellen, personellen und strukturellen Gewinn aus dem NSU-Desaster gezogen. Mehrere hundert Millionen Euro zusätzliches Budget, Aufstockung um mehrere hundert Stellen und die Aufwertung zur Zentralstelle im Verfassungsschutzverbund sind der Lohn für das Versagen im Zusammenhang mit den Morden des NSU. Sollte der politische Effekt nach dem zweiten Untersuchungsausschuss ähnlich sein, würden sich die Verantwortlichen im BfV ins Fäustchen lachen. Allerdings ist dies nicht zu erwarten – denn das Bundesamt ist längst gestärkt und wird es im ‹Kampf gegen den Islamismus› auch weiterhin sein. Einzig ein unumstößlicher Nachweis für eine aktive Verstrickung in den NSU-Komplex, für bewusste Nicht-Entdeckung, frühzeitige Kenntnis, Unterstützung durch V-Leute oder Ähnliches könnte die Ämter doch noch in Schwierigkeiten bringen. Einen derartigen Nachweis heute noch in den Akten zu finden dürfte jedoch schwierig sein: Schon am 11. November 2011 wurden im BfV die Schredder in Gang gesetzt und haben womöglich belastendes Material vernichtet.

Viele offene Fragen sind noch zu klären

Warum sich ein zweiter Anlauf dennoch lohnen könnte, ergibt sich aus der Unmenge nach wie vor offener Fragen und der Verpflichtung der Politik, nichts unversucht zu lassen, um wenigstens einige dieser Leerstellen genauer zu beleuchten und mögliche Antworten zu finden. Der Fokus muss dabei eindeutig auf der Verantwortung und dem Handeln der Bundesbehörden liegen.

Sieht man sich den Auftrag des Untersuchungsausschusses im Bundestag an, dann lassen sich schnell die damit verbundenen offenen Komplexe benennen, die sicherlich in den nächsten 18 Monaten eine



Rolle spielen werden. Um die Ereignisse in Eisenach und Zwickau am 8. November 2011 ranken sich inzwischen eine Reihe von Mutmaßungen und Verschwörungstheorien. Die Untersuchungsausschüsse in Thüringen und Sachsen befassen sich akribisch mit den Abläufen; aber auch die Rolle der Bundesbehörden ist es wert, näher untersucht zu werden. Aus antifaschistischer Sicht ist es durchaus problematisch, wenn auch in manchen linken Kreisen der NSU und sein Umfeld nur als nützliche Idioten ganz anderer Machenschaften des »tiefen Staates« erscheinen. Ein belegbares und dokumentiertes Bild der Abläufe nachzuzeichnen ist auch eine Aufgabe des Untersuchungsausschusses.
Alle Obleute des ersten Gremiums haben öffentlich geäußert, sie zweifelten die These des abgeschlossenen Trios und der nur wenigen HelferInnen an. Die Frage nach den UnterstützerInnen und der Struktur rund um das Kerntrio wird daher zu den Schwerpunkten der Aufklärungsarbeit gehören. Hierzu gehört erstens die Frage, wie früh die Behörden von der Existenz einer Gruppe mit dem Namen NSU Kenntnis hatten und was sie dazu wussten beziehungsweise was sie mit diesem Wissen unternahmen. Die Entdeckungen rund um den V-Mann »Corelli«, die in diesem Zusammenhang aufgetauchte CD mit dem NSU-Kürzel und der plötzliche Tod »Corellis« haben Fragen aufgeworfen, die bisher nicht ausreichend beantwortet sind.
Als zweiter Komplex wird im Untersuchungsauftrag die Frage genannt, inwieweit die Behörden das Umfeld des NSU im Blick hatten, welche Kenntnisse also über rechtsterroristische Strukturen bundesweit, aber auch über Beziehungen ins Ausland vorlagen und wie mit diesen Erkenntnissen umgegangen wurde. Auch der Bezug der Neonaziszene zur allgemeinen Kriminalität und das Wissen der Behörden dazu sollen untersucht werden.
Schließlich geht es in einem dritten Komplex explizit um die V-Leute, ihr Wissen über das Trio und die Führung durch die Dienste. Nicht zuletzt hier haben sich nach dem Ende des ersten Untersuchungsausschusses des Bundestages eine Reihe neuer Fragen ergeben: Was steht in den rekonstruierten Akten über die in der »Operation Rennsteig« angeworbenen V-Leute, die im November 2011 im Bundesamt geschreddert wurden? Stimmt die Aussage des früheren V-Manns »Tarif«, das Trio habe ihn 1998 um eine Unterkunft gebeten, sein V-Mann-Führer habe ihn jedoch zur Absage angehalten? Auch die Rolle der weiteren zahllosen V-Leute im NSU-Umfeld gilt es genauer in den Blick zu nehmen. In Nordrhein-Westfalen war zwischenzeitlich auch ein VS-Spitzel als möglicher Bombenleger im Falle des Anschlages in der Probsteigasse in Köln im Gespräch. Schließlich wird auch der neue Untersuchungsausschuss im Bund die Frage nach möglichen HelferInnen des Kerntrios bei den Taten stellen und der Frage nachgehen, ob und wie die Behörden hier ermittelt haben.

Rechtsterroristische Strukturen

Die Frage nach rechtsterroristischen Strukturen, in die auch der NSU eingebunden war, sollte aus antifaschistischer Sicht zentral für die neuerlichen Untersuchungen sein. Bereits in der ersten öffentlichen Anhörung des Gremiums im November 2015 wurde von den JournalistInnen Andrea Röpke und Dirk Laabs auf diesen Punkt verwiesen. Röpke präsentierte den Ausschussmitgliedern eine ganze Reihe von Hinweisen und Indizien, welche die Existenz weiterer rechter Terrorzellen parallel zum NSU nahelegen und die erneut die Frage nach HelferInnen an den Tatorten der Morde aufwerfen. Insbesondere ihre Hinweise auf die RechtsRock-Band »Oidoxie«, die damit verbundenen »Combat 18«-Strukturen und die Verbindungen nach Dortmund und Kassel im Jahr 2006 waren von großer Brisanz, denn in diesen beiden Städten wurden im Frühjahr 2006 die Morde an Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat vom NSU verübt.
Der Umgang und die Erkenntnisse im BfV und den Landesämtern zu diesen rechtsterroristischen Strukturen werden von besonderem Interesse sein, denn die Frage, wie der Komplex Rechtsterrorismus im BfV behandelt wurde, spielte als Thema im ersten Untersuchungsausschuss erst zum Ende hin eine Rolle. Hier würde es sich lohnen, die Aufstellung der Ämter, das vorhandene Wissen und den Umgang damit sehr viel genauer unter die Lupe zu nehmen.

Öffentliche Begleitung

Die geringe Chance auf weitere Aufklärung kann der Untersuchungsausschuss im Bundestag nur dann nutzen, wenn es eine kritische, öffentliche Begleitung seiner Arbeit gibt. Nur die öffentliche Berichterstattung kann den Ausschuss davor bewahren, der Verzögerungstaktik von Ämtern und Ministerialbürokratie zu unterliegen; zumindest kann damit der Druck auf eben diese aufrechterhalten werden. Im Gegensatz zum ersten Ausschuss stehen die Chancen dafür allerdings deutlich schlechter, ist das Thema in der öffentlichen Aufmerksamkeit doch deutlich nach hinten gerückt. Dennoch bietet die zeitliche Parallelität mit dem voraussichtlichen Ende des Prozesses in München die Chance, das Thema in einer begrenzten, aber engagierten Öffentlichkeit zu behandeln. Angesichts der rassistischen und rechten Terrorwelle, die sich aktuell gegen Geflüchtete richtet, ist die Auseinandersetzung mit rechtsterroristischen Strukturen von enormer Bedeutung. Auch vor diesem aktuellen Hintergrund hat der Ausschuss eine wichtige politische Aufgabe und eine Verantwortung.

»Lassen wir Taten sprechen«

Mit der rassistischen Debatte um die sexualisierte Gewalt gegen Frauen an Silvester am Kölner Hauptbahnhof einhergehend bildeten sich Anfang Januar in Köln und anderen Städten Nordrhein-Westfalens zahlreiche Bürgerwehren. Doch die meisten schafften den Sprung aus den sozialen Netzwerken vor die Haustür kaum, mittlerweile ist es um sie deutlich stiller geworden.

von Verena Grün

»Lassen wir Taten sprechen« hieß es in der Facebook-Gruppe »Altstadt-Spaziergang«. Diese entstand gleich in den ersten Januartagen und rekrutierte sich hauptsächlich aus der Kölner Türsteher- und Hooligan-Szene. Den Anlass zur Gründung beschreibt der Initiator wie folgt: »Mir gehts echt darum, dass wir Alle unsere Stadt nicht verlieren und dass Unsere Frauen, Kinder und Familie /Freunde allgemein,sich sicher fühlen in Köln und sich überall bewegen können,ohne Angst! … Gehandelt werden muss unabhängig vonggf Streitigkeiten und ähnlichem untereinander !!! Also ...die Sache steht über allem!!!!« (sic!). Das Vorhaben stieß auf beachtliche Resonanz: innerhalb von zwölf Stunden umfasste die Gruppe bereits 400 Mitglieder, als sie nach einer Woche wieder verschwand, gehörten ihr etwa 2.000 Personen an.
Auch wenn immer wieder betont wurde, man sei nicht »rechts«, vereine im Gegenteil sogar »Jungs« unterschiedlicher Nationalitäten, finden sich doch immer wieder deutlich rassistische Kommentare, extrem rechte Bilder und Aussagen mit NS-Bezügen: »Es ist sehr wichtig unsere Frauen und geliebte Stadt zu schützen. Meine ehre heisst treue !« (sic!). Bekannte Gesichter der extremen Rechten tauchten allerdings nur vereinzelt auf. Es war eher eine rechtsoffene Fußball-, Türsteher- und Rotlicht-Szene, die sich da zusammenfand, um »unsere Frauen zu schützen« oder den Bahnhofsvorplatz »aufzuräumen« und zu »kehren«.

Rassistische Hetzjagd

Nach etlichen Diskussionen auf Facebook einigte man sich schließlich auf den Abend des 10. Januar, den Tag nach der PEGIDA-Demonstration, für den gemeinsamen »Spaziergang«. Diese Verabredung dürfte auch jenseits der Gruppe verbreitet worden sein. Tatsächlich waren bereits ab dem Nachmittag rechte Schläger unterwegs, die gezielt in ihren Augen nicht-deutsch aussehende junge Männer angriffen und verletzten. Abends waren dann an die 100 Personen aus Hooligan-, Türsteher-, HoGeSa- und Neonazi-Kreisen rund um den Bahnhof und am Rhein unterwegs. Mindestens fünf Angriffe auf jeweils mehrere Personen wurden bei der Polizei angezeigt. Nach Eigenangaben sprach die Polizei knapp 200 Platzverweise an diesem Abend aus, wobei viele dieser Personen unterwegs gewesen sein dürften, um ‹nur› Präsenz zu zeigen.

Hauptsache Bürgerwehr

So wurde auch bei »Köln spaziert für den Frieden und die Sicherheit« über Platzverweise an diesem Abend lamentiert. Dieser ebenfalls Anfang Januar gegründeten Facebook-Community gehören mittlerweile über 5.000 Personen an. Das Spektrum ist deutlich breiter als bei der Gruppe »Altstadt-Spaziergang«. Entsprechend sind auch die Diskussionen viel kontroverser. Doch auch hier finden sich eindeutig rassistische Kommentare; auch RechtsRock und Artikel extrem rechter Publikationen werden geteilt, was aber oft nicht unwidersprochen bleibt. Auch hier verabredet man sich zu gemeinsamen »Spaziergängen« – und sei es nur von einer Kneipe zur nächsten – oder erstattet Meldung über die Lage am Hauptbahnhof und verbreitet fleißig Gerüchte.
Neben diesen beiden Gruppen finden sich auf Facebook unter anderem noch die »Kölner Bürgerwehr«, die »Kölner Bürgerwehr Sturmtrupp« und »Kölner Norden »PASST AUF« & Co.«; andere sind bereits wieder verschwunden. Die »Kölner Bürgerwehr« wirbt seit ihrer Gründung um Spenden für Kleidung, Flyer »und sonstiges« und hat zwar über 5.000 ‹Likes›, wird aber kaum noch frequentiert. Am 17. Januar wollten sie einen organisierten »Spaziergang« durchführen, scheiterten jedoch scheinbar an der Anmeldung. Die Seite »Kölner Norden »PASST AUF« & Co.«, die aus Kreisen von »PRO Köln« initiiert wurde, stagnierte bei 26 Mitgliedern und wird schon seit Mitte Januar nicht mehr aktualisiert.

Weit über die rechte Szene hinaus

Die verschiedenen Communities unterscheiden sich in ihrer Zusammensetzung deutlich. Während sich die meisten selbst als Bürgerwehr bezeichnen, verstanden sich die Mitglieder von »Altstadt-Spaziergang« eher als »Jungs«, die sich für »ihre Frauen« und ihre Stadt »geradmachen«. Reale Aktivitäten ließen sich lediglich aus anschließenden Online-Berichten über »Patrouillen« ablesen, selten wurde auch mal ein Foto gepostet. Die Neonaziszene versucht zwar mitzumischen, deutlich präsenter ist allerdings die rechte und rechtsoffene Fußball- und Hooligan-Szene.
Dass diese zur realen Bedrohung werden kann, hat der 10. Januar mit der Reihe rassistischer Angriffe bewiesen. Langfristig auswirken dürften sich vor allem die entstandenen oder verstärkten spektrenübergreifenden Kontakte, auch wenn diese nicht direkt in den Zulauf zur organisierten Neonaziszene münden. Eine weitere Folge ist eine bemerkbare Verrohung der Diskussionen über Geflüchtete in den bürgerlicheren Gruppen.
Die selbsternannten Bürgerwehren entstanden nach Silvester in etlichen Städten Nordrhein-Westfalens. Viele der für Köln beschriebenen Entwicklungen finden sich auch dort. In Dortmund beispielsweise kündigte eine Bürgerwehr bereits drei »Patrouillen« an, wurde allerdings nie am Treffpunkt gesehen. Einen öffentlichkeitswirksamen Aufmarsch gab es hingegen in Düsseldorf, mittlerweile wurde dort sogar ein Verein gegründet. In Witten wiederum bestellte die Polizei die Organisatoren ein und nahm ihnen die Zusage ab, es werde keine Aktivitäten außerhalb des Internets geben.


Schwerpunkt
Ku Klux Klan

Aufstieg und Niedergang – 150 Jahre »Ku Klux Klan«

Das Ende des amerikanischen Bürgerkrieges war die Geburtsstunde einer der ältesten rassistischen Organisationen der Welt. Der »Ku Klux Klan« war Ausdruck eines nationalistischen Booms in den USA, dem bis zu vier Millionen Mitglieder folgten.

von Michael E. Brooks



^ »White Trash« in den USA

Die Geschichte des »Ku Klux Klan« (KKK) wird allgemein in drei Phasen unterteilt. Jede hat besondere Merkmale und Schwerpunktsetzungen. Allen gemein ist der Einsatz von Terror und politisch motivierter Gewalt. Die Reaktion auf den von den im amerikanischen Bürgerkrieg (1861 bis 1865) siegreichen Nordstaaten initiierte Wiederaufbau im Zeitraum zwischen 1865 und 1874 wird als erste Phase des KKK betrachtet. Als zweite Phase wird der Zeitraum zwischen 1915 und 1945 bezeichnet. Die letzte Phase begann auf dem Höhepunkt der BürgerInnenrechtsbewegung und hält bis heute an.

Bürgerwehr nach dem Bürgerkrieg

Die erste Form des »Ku Klux Klan« war die einer Bürgerwehr mit terroristischen Zügen, die nach der Niederlage der Südstaaten im amerikanischen Bürgerkrieg entstand. Diese setzte sich aus losen Gruppen von Aufständischen zusammen, die politisch motivierte Gewalt gegen die aus ihrer Sicht stattfindende Verletzung der Rechte des Südens durch den siegreichen Norden einsetzten. Insbesondere stand der Kampf gegen die Nachkriegsverfassung im Mittelpunkt, die den befreiten afroamerikanischen SklavInnen die BürgerInnenrechte verleihen sollte.
Der Name der Organisation geht auf die Initiatoren der ersten Phase zurück; sie verbanden das griechische »Kuklos« (Kreis) mit dem »Klan« und kreierten die Alliteration »Ku Klux Klan«. Ein Teil der Gruppenrituale hatte Ähnlichkeit mit denen von »Kuklos Adelphon«, einer Studentenverbindung, die Jahrzehnte vor dem Bürgerkrieg im Süden aktiv war. Typisch für die Aktionen der ersten Welle des KKK waren Angriffe auf politisch engagierte AfroamerikanerInnen und weiße RepublikanerInnen, die sich nach dem Bürgerkrieg um die Neugestaltung der Südstaaten bemühten. Auch wenn die offiziellen Strukturen des KKK in den 1870er Jahren zerschlagen wurden, begingen einzelne Sympathisanten bis Ende des 19. Jahrhunderts weiterhin Lynchmorde und Attentate. Auch Gruppen wie die »Red Shirts« (Rothemden«) und »White League« (»Weiße Liga«) setzten weiter auf rassistische Gewalt. Mehrere Tausend Menschen wurden in dieser Phase ermordet – von Klan-Mitgliedern, Partnern oder Nachahmern. Sie alle verstanden sich als »Invisible Empire« (»Unsichtbares Imperium«).

Der Mitgliederboom 1925

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts feierte der KKK sein Comeback. Die Verarbeitung seiner Propaganda durch die Filmindustrie trug ihren Teil dazu bei. Besonderen Einfluss hatte der 1915 erschienene Stummfilm und Kassenschlager »Birth of a Nation« (»Die Geburt einer Nation«), der auf dem 1905 veröffentlichten Roman »The Clansman. An Historical Romance of the Ku Klux Klan« (»Der Klansmann. Ein historischer Roman über den Ku Klux Klan«) beruhte. In seinem Film zeichnet D. W. Griffith Afroamerikaner als faule, betrunkene und sexuell anzügliche Charaktere. Demgegenüber wird der KKK als heroische Gruppe dargestellt, die nach dem Bürgerkrieg im Süden wieder Moral und Ordnung herstellen möchte. So prägte der Film das öffentliche Bild des KKK als Bastion von Sittlichkeit und Tugend. Der rassistische Terror spielt hingegen keine Rolle.
Die Konsolidierung in der zweiten Phase ging auf William Joseph Simmons zurück. Er machte Karriere als Organisator von Bruderschaften wie den »Woodsmen of the World« (»Förster der Welt«). Von »Birth of a Nation« inspiriert entwarf er seine eigene Version des KKK. Bei der Rekrutierung neuer Mitglieder wurde er bei einem Lynchmob fündig, dem zahlreiche prominente Politiker angehörten. Diese entführten und erhängten 1915 Leo Frank – einen Betriebsleiter jüdischen Glaubens – der vom Kammergericht Fulton (Georgia) des Mordes an der 13-jährigen Mary Phagan für schuldig befunden wurde – 1986 wurde er postum begnadigt. Neben dem Lynchmob gehörten Simmons neuer Gruppe auch zwei weitere Männer an, die behaupteten, bereits beim ersten KKK aktiv gewesen zu sein. Teil des Gründungsrituals war das Anzünden eines großen Holzkreuzes auf dem »Stone Mountain«, das mehrere Meilen weit sichtbar war und Aufmerksamkeit erzeugen sollte. Doch der neue KKK wuchs nur langsam. 1920 waren es nur wenige Tausend Mitglieder und der Radius blieb auf das Umland von Atlanta beschränkt. Um dies zu ändern, heuerte Simmons die zwei PR-SpezialistInnen Elizabeth Tyler und Edward Young Clarke an. Mit ihrer Firma »The Southern Publicity Association« ließen sie die Mitgliederzahlen förmlich explodieren.
Die Wiedergeburt des KKK im frühen 20. Jahrhundert war ein soziales, kulturelles und politisches Phänomen und ein riesiger Geschäftserfolg. Unter Tyler und Clarke hatte der Klan ein ausgeklügeltes Anreizmodell eingeführt. Werber auf lokaler Ebene, sogenannte »Kleagles«, bekamen für ihre Rekrutierungsarbeit einen großen Anteil der Beitrittsgelder der Neumitglieder. Von den zehn Dollar Mitgliedsbeitrag durften sie vier Dollar behalten, der regionale Vorgesetzte (»King Kleagle«) wurde mit einem Dollar beteiligt. Der »Grand Goblin« (»Großer Kobold«), strich als Führer der Werber auf Staatsebene 50 Cent ein und die übrigen 4,5 Dollar wurden an das Nationale Büro in Atlanta abgeführt.



Zu Spitzenzeiten um 1925 zählte der KKK fünf Millionen Mitglieder und entwickelte sich in manchen Staaten zu einer mächtigen politischen Kraft. In Ohio, einem der stärksten Gebiete, konnte er zu dieser Zeit zwischen 300.000 und 400.000 Mitglieder vorweisen. Enthüllungen über die Organisation wie »The New York World's Exposé of the Klu Klux Klan« taten der Popularität keinen Abbruch. Im Gegenteil: Sie festigten den Ruf als patriotische Kraft. In dieser erfolgreichen Zeit sprach der KKK verstärkt weiße ProtestantInnen an, die traditionellen Denkmustern anhingen. Das Feindbild wurde erweitert und umfasste nun auch Jüdinnen und Juden, KatholikInnen, MigrantInnen und auch linke AktivistInnen. Zudem passte sich die Organisation lokalen Gegebenheiten an und konnte aus der maßgeschneiderten Übernahme lokaler und regionaler Themen an Zuspruch gewinnen. Die häufig bemühte Formel »Politik ist lokal« ist gerade hier wichtig, um die Attraktivität des Klans in dieser Phase zu verstehen.

»America for Americans«

Das Weltbild der KKK-Mitglieder knüpfte an damals ‹normale› antisemitische, rassistische und antikatholische Vorurteile und Mythen an, die bei einem Großteil der weißen protestantischen AmerikanerInnen mit angelsächsischen Wurzeln verbreitet waren. Die Ideologie des KKK basierte auf folgenden Vorstellungen: Es gibt eine Hierarchie der Rassen, an deren Spitze Weiße angelsächsischer Abstammung stehen; die minderwertigen Rassen müssen von eben diesen Weißen kontrolliert und geführt werden; es existiert eine Verschwörung der römisch-katholischen Kirche, um den Papst wieder als Herrscher über die Welt einzusetzen; Juden dominieren wichtige Bereiche wie das Bankenwesen und die Unterhaltungsbranche und versuchen die Moral der Weißen zu untergraben; die USA befinden sich in einer politischen, moralischen und sozialen Krise, was durch den Anstieg der Kriminalität bewiesen wird und die Zukunft des politischen Systems in den USA ist vage beschriebenen Bedrohungen ausgesetzt.

Dies alles kam in weit verbreiteten Pamphleten wie »America for Americans« zum Ausdruck. Darin wurde »der Unterschied zwischen den Rassen« als »Vorgabe des Schöpfers« deklariert und die zukünftigen Mitglieder dazu angehalten, »wahrhaftig bei der Sicherung der Vorherrschaft der Weißen zu sein«. Ein zentrales Verbreitungsfeld für die Propaganda waren öffentliche Schulen. Hier konnte der KKK für ‹amerikanische Werte› werben und den katholischen Gemeindeschulen etwas entgegensetzen. Dabei konnte man die vorhandenen Feindbilder als geeignete Basis für die eigene Ideologie nutzen. Zwar nahm die Rassenideologie für einige WissenschaftlerInnen bei der Rekrutierung neuer Mitglieder eine zweitrangige Bedeutung ein, doch sie war unverkennbar.

Neben dem Appellieren an rassische und nationale Identität gab sich der Klan als Tugendhüter. Die Prohibition war dabei ein ideales Thema um Legitimation zu erlangen. Mit legalen und illegalen Aktionen konnte man sich beim Kampf gegen den Alkoholschmuggel als Helfer der Polizei profilieren. Zusätzlichen Zuspruch erhielt die Organisation aufgrund ihrer Rolle als Bruderschaft und Geheimorganisation mit komplexen Strukturen, geheimen Symbolen und klandestinen Ritualen. Neuzugänge versprachen sich finanzielle, soziale und politische Vorteile durch die Dachorganisation mit Millionen von AnhängerInnen. Immerhin existierten zu dieser Zeit keine Sozialversicherungen und eine Mitgliedschaft in einer Bruderschaft sicherte bei finanziellen Nöten eine minimale Absicherung.

Niedergang und Zersplitterung

Der Niedergang des KKK in den späten 1920er Jahren begann mit der Verurteilung von D. C. Stephenson, dem Klanführer (»Grand Dragon«) des Staates Indiana, wegen Vergewaltigung und Mordes. Parallel dazu wurden andere Führungspersonen der Unterschlagung von Gruppengeldern beschuldigt. Vor dem Hintergrund der Großen Depression, wuchsen die wirtschaftlichen Sorgen der Mitglieder. Die dadurch in Verruf geratene moralische Instanz »Ku Klux Klan« verlor rapide an Zuspruch. Den letzten Schlag führten die Finanzbehörden aus, als sie 1944 einen Steuerrückstand von 685.000 Dollar reklamierten und mit der Pfändung begannen. Daraufhin stellte die Gruppe ihre Aktivitäten ein.

Die dritte Phase des KKK steht in direktem Zusammenhang mit dem Erstarken der BürgerInnenrechtsbewegung seit den 1950er Jahren. Gleichzeitig steht diese Ära für eine Fragmentierung des Klans, da Dutzende von kleinen Gruppen den Namen für sich beanspruchten. Dabei gab es mehrere Versuche eine nationale Einigung herbeizuführen. Den größten Erfolg hatte David Duke in den 1980er Jahren. Darüber hinaus nahm die Gewalt deutlich zu. Zu dem ausgeübten Terror gehörten Brandanschläge, Angriffe mit Sprengsätzen und Lynchmorde. Hauptziel der Angriffe waren AktivistInnen der BürgerInnenrechtsbewegung.

Seit der Jahrtausendwende geht die Gewalt wieder zurück, was auch auf die Abwanderung etlicher Mitglieder zu anderen rassistischen Organisationen und Neonazigruppen zurückzuführen ist. Damit rückte die Einheit der 1920er Jahre wieder in weite Ferne. Derweil engagiert sich der KKK vermehrt gegen ‹Illegale Immigration›, doch nach Zählung des »Southern Poverty Law Center« sind zurzeit weniger als 10.000 Mitglieder aktiv. Das ist der niedrigste Stand seit der Gründung 1865.



Deutsch Amerikanische Freundschaft

1980/81 organisierten sich in Westdeutschland deutsche Neonazis gemeinsam mit rassistischen US-Soldaten im »Ku Klux Klan«.

von Barbara Manthe

Ein Journalist des »Stern«, Gerhard Kromschröder, sorgte im Frühjahr 1981 mit einer Undercover-Story für Furore. Er besuchte als vermeintlicher Interessent Treffen des »Ku-Klux-Klan West Germany« in Wiesbaden und traf auf den US-Soldaten und Klan-Kommandanten Murry M. Kachel im rheinland-pfälzischen Bruch. Seine Recherchen offenbarten ein Netzwerk aus deutschen und US-amerikanischen Neonazis und Rassisten, die sich unter dem Dach des »Ku Klux Klan« (KKK) zusammengefunden hatten. Bis zum Zeitpunkt der Enthüllung hatten die Behörden, obgleich sie das Geschehen beobachteten, keinen Grund gesehen, einzuschreiten.

»Gegen alles Fremdrassige«

Die deutschen Mitglieder des KKK waren beileibe keine unbeschriebenen Blätter. Kromschröder traf bei seinen Recherchen auf organisierte Neonazis aus extrem rechten Organisationen wie der »Wiking-Jugend« und der NPD. Der Aktivist Thomas S. kümmerte sich beispielsweise um die Öffentlichkeitsarbeit: Er leitete das »Informationsbüro für den Ku-Klux-Klan Deutschland, Mainz«, verteilte Werbematerial und gab Anzeigen in extrem rechten Blättern auf, etwa in Thies Christophersens Neonazizeitschrift »Die Bauernschaft«.

Die Aussagen der deutschen Klan-Angehörigen, denen der »Stern«-Journalist in Wiesbaden und Bruch begegnete, machten deutlich, dass sie nicht einfach nur eine Kopie der US-amerikanischen Dachorganisation sein wollten, auch wenn Chefriege, Name und Propagandamaterial aus den Vereinigten Staaten importiert waren. »Unsere Feinde sind nicht nur die Nigger«, zitierte Kromschröder einen deutschen KKK-Anhänger, »wir Deutschen kämpfen gegen alles Fremdrassige. Gegen Russen, Türken und die ganzen Kanaken, die unser Land überfluten«. Damit orientierten sich die Klan-Anhänger am extrem rechten Duktus jener Zeit, der sich zu Beginn der 1980er Jahre mehr und mehr gegen MigrantInnen richtete. Erst ein Jahr zuvor, im August 1980, hatten die »Deutschen Aktionsgruppen« (DA) um Manfred Roeder bei einem Brandanschlag zwei vietnamesische Bewohner einer Hamburger Asylunterkunft ermordet. Die DA griffen dem vor, was ab den späten 1980er Jahren zum deutschen Alltag wurde: Massive Gewalt auf der Straße, Brand- und Mordanschläge gegen MigrantInnen und all jene, die die Neonazis als ‹fremd› klassifizierten. Die Wiesbadener KKK-Truppe lag auch mit der offenen Verherrlichung des Nationalsozialismus im Trend: Den Journalisten Kromschröder luden sie nach bestandener Aufnahme direkt zur »Führergeburtstagsfeier« am 20. April ein.

Terror, Waffen, Bombenbau

Der Bezug zur militanten Rechten war nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch eng. Die deutsche KKK-Gruppe gehörte offensichtlich zu jenem gewaltaffinen Milieu in der Bundesrepublik, das Ausdruck einer immensen Radikalisierung der deutschen Neonaziszene war. Ende der 1970er Jahre schossen militante und rechtsterroristische Gruppierungen aus dem Boden, wie etwa die »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« um Michael Kühnen, die DA oder die »Volkssozialistische Bewegung Deutschlands« (VSBD). Es wurden Diskussionen über den bewaffneten Kampf geführt und in der KKK-Szene kursierten aus den USA importierte Bombenbauanleitungen. Auch Thomas S. prahlte freimütig gegenüber Kromschröder: »Ich hab‘ mir eine 08-Pistole beschafft.« Besondere Faszination übten gediente Rechtsterroristen und »Märtyrer«

< KKK, NPD VORAN, »Türken raus« Nazischmiererei 1984 in Hannover

aus. Die Wiesbadener tranken bei ihrem Treffen auf »Frank Schubert, der im Dienst für den deutschen Befreiungskampf sein Leben geopfert hat« und »auf den Freiheitskämpfer im Exil, Arndt Marx«. Der Rechtsterrorist Schubert, Mitglied der VSBD, hatte sich selbst erschossen, nachdem er an der Schweizer Grenze an Heiligabend 1980 einen Polizisten und einen Zöllner getötet hatte. Arndt Heinz Marx aus dem Umfeld der »Wehrsportgruppe Hoffmann« war in den Libanon abgetaucht. Es blieb nicht bei der Verehrung, sondern es kam auch zu persönlichen Kontakten. Die Wiesbadener Neonazis hatten Schubert bei einem Treffen der »NS-Kampfgruppe Müller« kennengelernt, nach seinem Tod veranstalteten sie einen »Frank-Schubert-Gedächtnismarsch« und brachten an einer ‹deutschen Eiche› eine Gedächtnistafel an.

Dukes Klan in Westdeutschland

»European Organizer« und Chef des deutschen KKK-Ablegers war zu Beginn der 1980er Jahre Murry M. Kachel, Sergeant bei der US Air-Force. Spitzname: »Der erhörte Zyklop«. Er wohnte in Bruch in der Eifel bei Bitburg, das zugleich als Sitz der europäischen Klan-Zentrale diente. Laut Recherchen des »Stern« verteilte Kachel die Zeitschrift »Crusader«, ein Machwerk des US-amerikanischen KKK-Führers David Duke, der jenseits des Atlantiks die Gruppe »Knights of the Ku Klux Klan« anführte.

In den Vereinigten Staaten hatte der KKK Ende der 1970er Jahre einen Aufschwung erlebt, der sich auch auf die Standorte der US-Armee in der Bundesrepublik auswirkte. Das von dem Afroamerikaner John Harold Johnson gegründete Magazin »JET« berichtete Ende 1980, dass »antischwarze« und antisemitische Aktivitäten an westdeutschen US-Stützpunkten in den letzten eineinhalb Jahren deutlich angestiegen waren. Der Sergeant James Traver hatte dort eine Untersuchung über rassistische Gruppierungen durchgeführt, in der er Kreuzverbrennungen, Verbreitung von Propagandamaterial und Rekrutierungen in den Stützpunkten aufzählte. Einmal seien hunderte von weißen Laken verschwunden, mit denen Klanuniformen hergestellt werden konnten. Auch nach Travers Bericht rissen die Aktivitäten nicht ab: 1980/81 brannten Klankreuze in einer bayerischen US-Garnison, in der Bremerhavener Carl-Schurz-Kaserne und in der Nähe des US-Flugplatzes Bitburg. Im März 1981 kam es dann zu Auseinandersetzungen zwischen schwarzen US-Soldaten und KKK-Anhängern.

Eine Mitgliedschaft war für Angehörige der US-Streitkräfte nicht verboten, wenngleich auch nicht unbedingt erwünscht. Allerdings wurden sie kaum verfolgt und ihre Aktivitäten in den Berichten regelmäßig herabgespielt und entpolitisiert. So kritisierte Traver, dass eine Kreuzverbrennung offiziell lediglich als »Zerstörung von Regierungseigentum« dargestellt wurde.

Transatlantische Bande

Es verwundert nicht, dass US-amerikanische KKK-Mitglieder und deutsche Neonazis Anfang der 1980er Jahre zusammenfanden, übernahm doch der Rassismus eine Scharnierfunktion. Der KKK mit seinem hohen Output an rassistischen und antisemitischen Schriften versorgte die Deutschen mit dem begehrten ideologischen Rüstzeug. »Die Amis« hätten eine »klare Rassenaussage« sagte ein junger Neonazi aus Koblenz gegenüber Kromschröder. Er erhoffte sich Anstöße für eine neue Bündelung der sonst zersplitterten extremen Rechten in der Bundesrepublik. Außerdem brächten sie Geld, wie ein anderer Fan des Klans betonte. Gemeinsam zogen deutsche und amerikanische Neonazis in KKK-Uniformen los und schüchterten schwarze US-Soldaten ein. Auch über Westdeutschland hinaus knüpften deutsche Rechte Kontakte zur Organisation. Manfred Roeder etwa kam bei seinem Aufenthalt in den USA im Sommer 1980 mit Anführern in Kontakt, um die deutsch-amerikanischen Bande zu stärken.

Doch ein Widerspruch ließ sich nicht auflösen: Dass die Truppen der Vereinigten Staaten eine ‹Besatzungsarmee› und für die ‹Umerziehung› verantwortlich seien, war den Deutschen bewusst. Der Zusammenschluss mit US-Soldaten ist also auch deswegen bemerkenswert, weil in der Neonaziszene der frühen 1980er Jahre eine explizite Stimmung gegen die ‹Besatzer› herrschte. Schon kurze Zeit später verübte beispielsweise die extrem rechte »Hepp-Kexel-Gruppe« Bombenanschläge gegen US-Soldaten und Militäreinrichtungen, um Deutschland von der ‹amerikanischen Besatzung› zu befreien.

Die Behörden schweigen

Kromschröders Artikel im »Stern« löste allerhand Wirbel aus; der Fall landete im Bundestag. Am 16. Juni 1981 beantwortete der parteilose Staatssekretär Siegfried Fröhlich die Frage des SPD-Abgeordneten Klaus Thüsing, welche Folgerungen die Bundesregierung aus der Geschichte zöge: Den Sicherheitsbehörden sei bekannt, dass zwei »Ku-Klux-Klan-Organisationen versuchen, Filialen in der Bundesrepublik Deutschland zu gründen«. Auf zwei Luftstützpunkten in Rheinland-Pfalz seien entsprechende Ableger gegründet worden. Zu diesen Gruppen gehörten auch Deutsche. Anlass für Protest gegenüber den amerikanischen Behörden sah der Staatssekretär jedoch nicht, auch sollte das Thema nicht auf der Konferenz der Innenminister der Länder vorgebracht werden. Der KKK sei nur in Rheinland-Pfalz aktiv gewesen – verwunderlich, war doch Kromschröder auch in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden auf Anhänger getroffen.

Die für Strafverfolgung zuständigen Stellen schwiegen. Wie der »Stern« Mitte Juni 1981 berichtete, gab das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa keinen Kommentar zur Sache ab und das rheinland-pfälzische Innenministerium verhängte eine Nachrichtensperre. Die Gewalt gegen Schwarze in den US-Stützpunkten nahm mittlerweile zu: In der Air Base Spangdahlem, auf der Kachel als Fluglotse stationiert war, wurden zwei schwarze US-Soldaten mit Strychnin-Vergiftung ins Krankenhaus eingeliefert – ihr Kaffee war vergiftet gewesen. Ans Tageslicht kam auch, dass Kachel und über 30 weitere Soldaten wegen ihrer Klan-Zugehörigkeit überwacht wurden. Für den KKK-Kommandaten blieb die Sache vorerst offenbar ohne Konsequenzen, später soll er zurück in die USA versetzt worden sein. Gegen Thomas S. jedoch ermittelte die Wiesbadener Staatsanwaltschaft aufgrund des Stern-Artikels.

Wie die »Bäckerinnung«

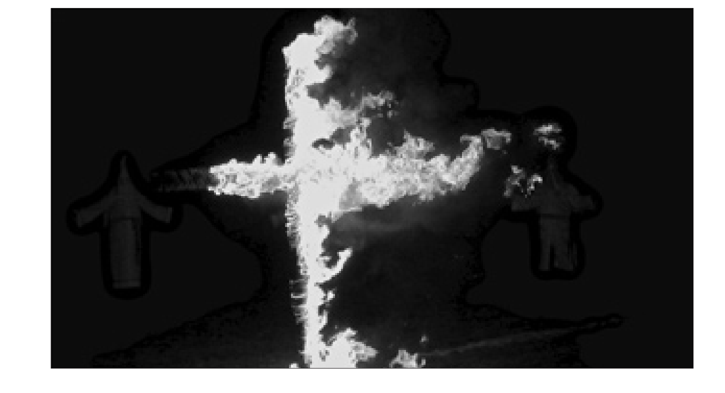
Nachdem es im Zusammenhang mit der Selbstenttarnung des NSU zu einem verstärkten Interesse an deutschen KKK-Ablegern gekommen war, wurden auch die Aktivitäten Anfang der 1980er Jahre immer wieder erwähnt. Dabei blieb es freilich meist bei oberflächlichen Informationen, in die sich der eine oder andere Fehler einschlich. So lösten sich die Gruppen in der Bundesrepublik wahrscheinlich schon 1981 auf, und nicht wie heutzutage gelegentlich fälschlicherweise behauptet erst 1991. Viele Hinweise deuten auch darauf hin, dass die hiesigen Organisationen nicht gemeinsam von Deutschen und US-Amerikanern gegründet wurden, sondern dass die Soldaten auf den Stützpunkten ihre Strukturen aufbauten. Deutsche Neonazis, die an die damaligen rechtsterroristischen Strukturen angebunden waren, interessierten sich dafür und beide Seiten kamen in Kontakt.

Symptomatisch für den Umgang mit extrem rechten Strukturen war, dass die Behörden auf beiden Seiten passiv blieben, bis öffentlicher Druck entstand. Erst dann waren offizielle Stellen überhaupt zu einem Kommentar bereit. Dass die Bedrohungslage nicht ernst genommen wurde, zeigt auch ein Kommentar eines Beamten der politischen Abteilung der Trierer Kriminalpolizei gegenüber dem »Stern«: Es sei selbstverständlich bekannt, dass »sich der Ku-Klux-Klan ab und zu im Ort trifft. Aber das ist für uns nicht beobachtungswürdig. Wir kümmern uns ja auch nicht um Versammlungen der Bäckerinnung.«

Zwischen Mord und Kreuzverbrennung

Zu Beginn der 1990er Jahre bildeten sich unter anderem in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen Ableger der »White Knights of the Ku Klux Klan«. Ab 1992 ermittelte der Generalbundesanwalt gegen 35 Mitglieder nach § 129a wegen »Bildung einer terroristischen Vereinigung«.

von Pia Ketter



Inszenierung ist alles. Das wussten auch die AnhängerInnen des deutschen »Ku-Klux-Klan« (KKK) und luden ein Kamerateam von RTL plus zur nächtlichen Kreuzverbrennung am 20. September 1991 ein. So kam es, dass das Magazin »Explosiv« über eine Sitzung des KKK in einem Waldstück bei Königs Wusterhausen (Brandenburg) berichtete. Es müssen bizarre Szenen gewesen sein, welche die JournalistInnen mit der Kamera festhielten. Etwa 50 deutsche Neonazis in Klanuniformen sammelten sich um den US-Amerikaner Dennis W. Mahon, der im Herbst 1991 auf Propagandatour im neu vereinigten Deutschland unterwegs war (s. Seite 20/21 im Heft). Am Ende der Versammlung brannte das obligatorische Kreuz.

Der Klan in Ost und West

Die regionalen Schwerpunkte der KKK-Gruppen Anfang der 1990er Jahre lagen unter anderem in Königs Wusterhausen, einer Kleinstadt südlich von Berlin, und Herford bei Bielefeld in Ostwestfalen. Carsten Szczepanski, der aus dem Umfeld der »Nationalistischen Front« (NF) stammte, war ein Anführer – »Grand Dragon« – des brandenburgischen Ablegers und diente Mahon als deutscher Kontakt. Auf ihn ging die Entstehung der konspirativen KKK-Zeitschrift »Feuerkreuz« zurück; danach veröffentlichte er das Neonaziblatt »United Skins«. Der Neonazi warb nicht nur für die Mitgliedschaft im Klan und stellte Propagandamaterial wie etwa T-Shirts her, er wollte augenscheinlich noch einen Schritt weiter gehen: Ende 1991 fand die Polizei bei einer Durchsuchung in seiner Wohnung Rohrbombenmaterialien.

Die Herforder Gruppe existierte seit Anfang 1991. Ihre Mitglieder entstammten der zu dieser Zeit besonders aktiven Neonaziszene in der Region. Zum 102. Geburtstag Adolf Hitlers waren rund 200 Rechte in die ostwestfälische Kleinstadt angereist, um ein Treffen – angeblich das fünfte – der »Knights of the Ku Klux Klan Germany« abzuhalten. Aufkleber des »KKK Herford« mit einer Kontaktadresse in Bielefeld tauchten zudem nach einem Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Neuenrade (NRW) auf. Zu den Neonazis, die versuchten, den Herforder KKK-Ableger aufzubauen, gehörten, wie örtliche AntifaschistInnen damals recherchierten, unter anderem Aktivisten der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP). 20 Aktive hätten der Gruppe angehört, so der Bielefelder Polizeipräsident im Oktober 1991. Der »Spiegel« schrieb allerdings von 100 Mitgliedern.

Es ist erwähnenswert, dass auch Thomas Richter, der spätere V-Mann »Corelli« des Bundesamts für Verfassungsschutz, bis 1993 als Aktivist der NF in Ostwestfalen ansässig war. Er lebte nur rund 20 Kilometer von Herford entfernt in dem NF-Zentrum Pivitsheide bei Detmold. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass Richter Kontakt zu den Herforder Klan-AnhängerInnen hatte. Um die Jahrtausendwende organisierte sich Richter dann selbst in einer süddeutschen KKK-Gruppe (siehe Seite 22).

Mord und Terror

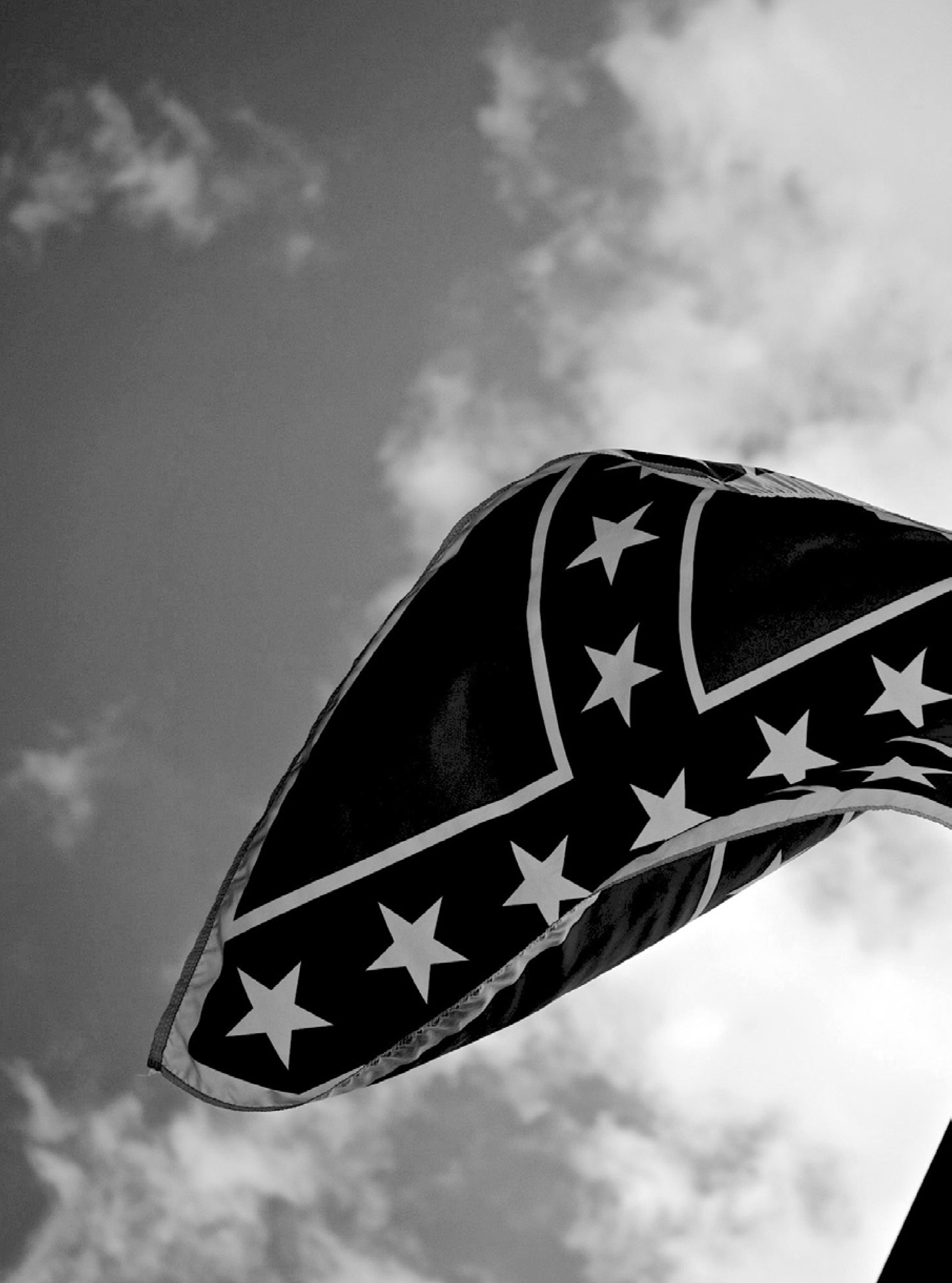
Das Treiben der Gruppen blieb nicht unbeobachtet. Im Februar 1992 leitete der Generalbundesanwalt (GBA) ein Verfahren nach § 129a StGB gegen insgesamt 35 mutmaßliche KKK-Mitglieder ein, unter anderem auch gegen Mahon. Den Neonazis wurde vorgeworfen, eine Teilorganisation des KKK auf deutschem Boden gegründet zu haben, Mitglied in einer »terroristischen Vereinigung« zu sein und diese zu unterstützen. Im Mai 1992 durchsuchte die Polizei Objekte in NRW, Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Berlin. Szczepanski wurde als mutmaßlicher Rädelsführer vernommen. 1993 stellte der GBA jedoch die Ermittlungen mangels hinreichenden Tatverdachtes ein.

Der ungezähmte Rassismus und die Mordfantasien der Klan-AnhängerInnen bildeten die ideologische Folie für mehrere brutale rassistische Angriffe, wie etwa in Wendisch-Rietz (Brandenburg): Am 8. Mai 1992 griff Szczepanski mit etwa zehn weiteren Neonazis in einer Diskothek den nigerianischen Lehrer Steve E. an. Sie beschimpften ihn rassistisch und schlugen ihn unter »Ku Klux Klan«-Rufen brutal zusammen. Den bewusstlosen Mann zogen die Täter aus der Disko und versuchten ihn anzuzünden. Als dies misslang, warfen die Neonazis ihn in den Scharmützelsee. Steve E. überlebte nur knapp. Wenige Monate später, am 29. August 1992, ermordete der KKK-Anhänger Norman Z. in Berlin-Charlottenburg gemeinsam mit einem Komplizen den Wohnungslosen Günter Schwannecke.

Vom Klanbruder zum V-Mann

Die Gewalttätigkeit und Brutalität der Angriffe waren in den frühen 1990er Jahren keine Seltenheit. Es ist allerdings davon auszugehen, dass der Rassismus des Klans, das Gemeinschaftsgefühl, das sich aus der Zugehörigkeit zu einem »Geheimbund« ergab, und die Vernichtungsfantasien, die in den diversen Zeitschriften ihren Ausdruck fanden, die Gewalt auf der Straße befeuerten. Die KKK-Gruppen lösten sich um 1992/1993 herum auf, was sicherlich auch auf die Ermittlungen zurückzuführen ist. Insgesamt konnten die Ableger keine durchschlagende Wirkung erzielen, waren allerdings Ausdruck der äußerst gewaltbereiten Neonaziszene jener Zeit.

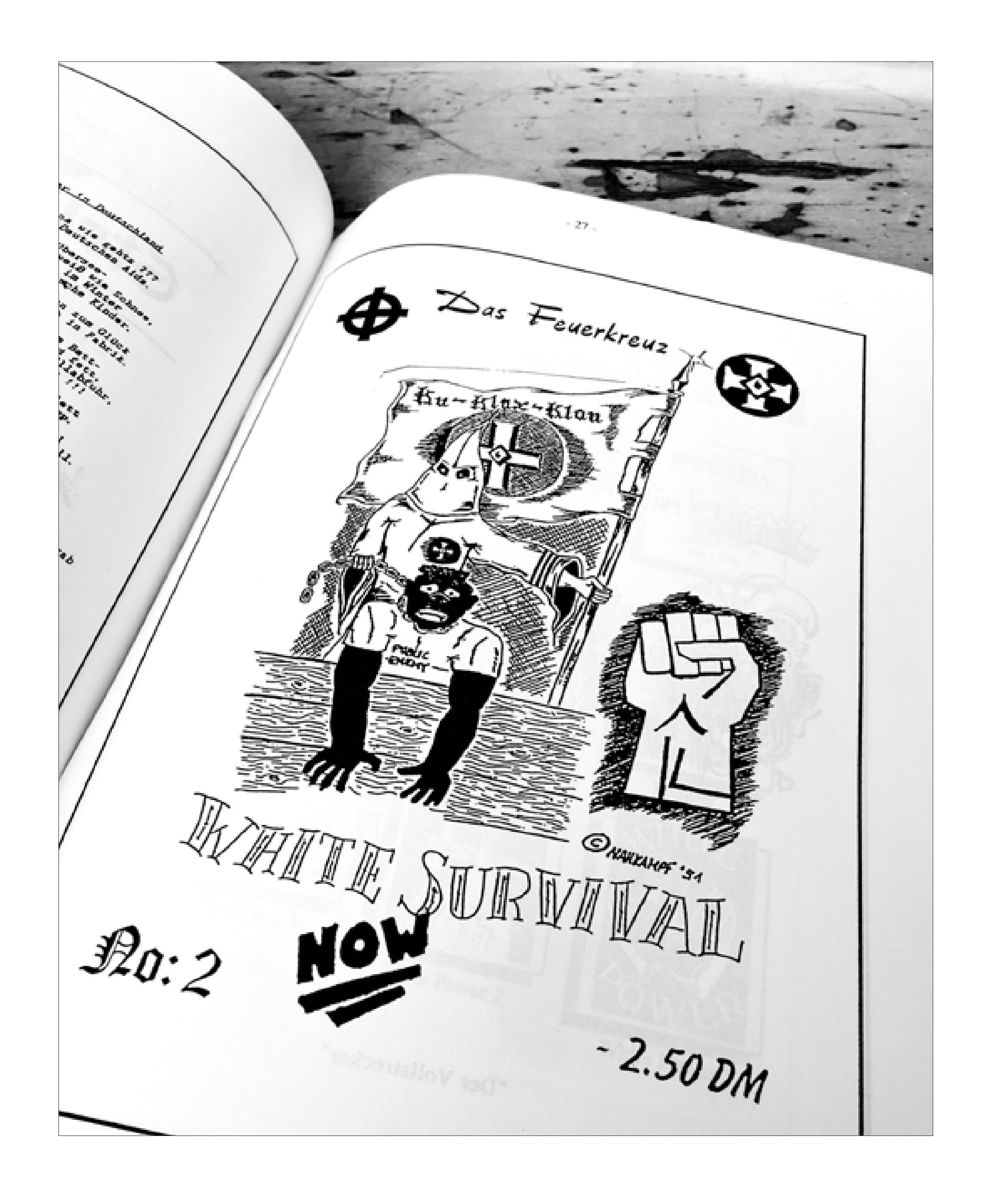
Szczepanskis weitere Karriere ist bekannt: Wegen versuchten Mordes an Steve E. wurde er 1995 zu acht Jahren Haft verurteilt. Im Gefängnis warb ihn das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg als V-Mann an. Als Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe untergetaucht waren, versorgte Szczepanski alias V-Mann »Piatto« den Verfassungsschutz mit Informationen über die Flüchtigen.



Anleitung zum »Rassenhass«

In der deutschen Skinheadszene wurde Anfang der 1990er Jahre mit harmlos wirkenden Heftchen unter dem Namen »Das Feuerkreuz« übelste »Ku Klux Klan«-Propaganda verbreitet.

von Nina Juliane Rink



Ein Heftchen im A5-Format, überwiegend mit Schreibmaschine getippt und einige Überschriften mit Hand gemalt, zusammengeklebte Kollagen aus Karikaturen, Fotoausschnitten und Sprüchen, augenscheinlich auf dem Kopierer vervielfältigt. Nicht besonders professionell, nicht besonders hübsch, aber selbstgemacht und so authentisch. Fanzines, Magazine von Fans für Fans, kursierten seit den 1980er Jahren in der musikaffinen Skinheadszene im Freundeskreis, auf dem Merchandise-Stand beim Konzert oder vielleicht auch mal unterm Ladentisch des rechtsoffenen Plattenladens. Die für solche DIY-Magazine üblichen Konzertberichte (zum Beispiel »Böhse Onkelz« oder die schwedische RechtsRockband »Dirlewanger«) und Kleinanzeigen (»suche Oi-Singles aller Gruppen«) muss man hier jedoch mit der Lupe suchen – »Das Feuerkreuz« von 1991 ist in erster Linie ein Propagandablättchen, das die rassistische Ideologie des »Ku Klux Klan« (KKK) unter das erlebnisorientierte Skinheadvolk bringen sollte. Sein Herausgeber Carsten Szczepanski interessierte sich ab Anfang 1991 für die Ideologie des Geheimbunds, der

US-amerikanische KKK-Führer Dennis Mahon für das Rekrutierungspotenzial in der deutschen Skinheadszene. Zusammen wollten sie eine deutsche Unterorganisation des Klans aufbauen und suchten potentielle MitstreiterInnen in der damals von Neonazis aller Couleur stark umworbenen Skinheadszene.

Mahon auf Europa-Tour

Mahon ging als einer der wenigen KKK-Vertreter gezielt auf Europa-Tour, um die Ideen des Klans zu verbreiten. Das frisch vereinte Deutschland sah er als neuen Rekrutierungsmarkt ‹arischer› AktivistInnen, die es »in ihrem Kampf für ein weißes Europa« zu unterstützen galt. Er fürchtete den Untergang der eigentlich »überlegenen weißen Rasse« und betrachtete Europa als einen möglichen Rückzugsort, falls »mexikanische und japanische Einwanderer das Land überschwemmen« würden und die in den USA lebenden ‹Arier› umsiedeln müssten.

Häppchenweise KKK-Ideologie

Um nicht weniger als »White Survival Now« geht es auch in der zweiten Ausgabe des »Feuerkreuz«, das sich klar auf das Vorbild des »Ku Klux Klans« in den Vereinigten Staaten bezieht. Texte des US-amerikanischen KKK-Magazins »White Beret« finden sich teils übersetzt, teils im Original in dem Heft. Das Keltenkreuz, ein Symbol der extrem rechten Skinheadszene, und das Feuerkreuz stehen nebeneinander, vereint in der Sache – »White Power« und »White man fight back«. Der Klan mit seiner vereinsmäßig organisierten, sektenähnlichen Struktur scheint auf den ersten Blick nicht das attraktivste Betätigungsfeld für deutsche Skinheads, die lange Zeit auf Distanz zu parteiförmigen rechten Organisationen gegangen waren und sich lieber mit Bier auf RechtsRock-Konzerten vergnügten.
In der Argumentation, als Weißer »gegenüber Ausländern benachteiligt« zu sein, obwohl man eigentlich zur überlegenen Spezies gehöre, konnten sich viele Skinheads in den 1990er Jahren wiederfinden. Das deutsche Volk scheine »zu wissen (…), daß es durch die vielen Ausländer seine Zukunft verliert. Denn die haben eine hohe Geburtenrate und zerstören das deutsche Volk… Jedes Mittel ist recht, jedes, um eure Nation zu retten«, kommentierte Mahon 1991 in einem Interview die Situation Deutschlands. »Das Feuerkreuz« lieferte in optisch eingängigen, leicht konsumierbaren Häppchen die Anleitung zum Rassenhass. Die Feindbilder Jüdinnen und Juden, Schwarze, Latinas und Latinos, »ZigeunerInnen« und KommunistInnen werden wort- und bildreich zur Zielscheibe erklärt und zur Jagd freigegeben. »Wehr dich«, »fight back« und »defend yourself« sind die fett gedruckten Aufforderungen des KKK neben rassistischen Karikaturen, Maschinenpistolen, Gewehren und brennenden Kreuzen. Das sei Krieg, steht dort, und der rechtfertige die mörderische Gewalt gegen nicht-weiße Menschen. Eine klare Aussage. Diese unverblümt brutale Vernichtungsideologie dürfte Anklang in der erlebnisorientierten, gewaltbereiten rechten Szene gefunden haben. Nicht zuletzt die Geheimbundattitüde und die klandestinen Aktionen des KKK mit der uneingeschränkten Bereitschaft zur Radikalisierung übte auf die Skinheadszene eine Faszination aus.

Dreamteam Skinheads, B&H und KKK

So lieferte der KKK die Ideologie und die Anleitung, die rechte Skinheadszene das Rekrutierungspotenzial. In den USA waren Skinheads als Security bei Veranstaltungen eingesetzt, es herrschten also scheinbar keine Berührungsängste. In der Musikszene ließen sich die Ideen gut transportieren, viele Bands bezogen sich auf den »Ku Klux Klan« und »White Power«; Anfang der 1990er Jahre kam es zu mehreren Treffen zwischen KKK-Vertretern, »Blood & Honour« (B&H)-Aktivisten und extrem rechten Skinheads. Mahon besuchte Ian Stuart Donaldson, Sänger der Band »Skrewdriver« in England. Szczepanski und Donaldson trafen sich laut Antifa-Berichten mindestens einmal auf einem Konzert im Saarland, sie dürften sich aber auch über zahlreiche B&H-Kontakte gekannt haben. Donaldson hatte über andere Kontakte etwa zeitgleich versucht, einen rechten Versand in Deutschland aufzubauen. Über diese so entstandenen Netzwerke konnten Ideen verbreitet und ausgetauscht, Mitglieder geworben und Strukturen gefestigt werden. Ziel dieser Propaganda war augenscheinlich, ein ideologisches Weltbild zu festigen, die Radikalisierung der Szene gezielt voranzutreiben, um letztlich auf ein Leben im Untergrund nach dem Konzept des »leaderless resistance« vorzubereiten.

Vorbereitung für den Untergrund

In der Ausgabe des »Feuerkreuz« finden sich zahlreiche Möglichkeiten, direkt Kontakt zu US-amerikanischen KKK-Gruppen und inhaftierten, als Vorbilder geltenden, »weißen arischen Gefangenen« aufzunehmen sowie Propaganda- und Merchandisematerial zu bestellen. Die Erlebnis- und Konzertberichte behandelten Konzerte, in denen KKK-nahe Bands zur Tötung von »Niggern« aufriefen, oder berichteten von gemeinsamen Kreuzverbrennungen. Ihre Funktion: ohne komplizierte, politische Rhetorik, wie beiläufig, zur Verbreitung der ideologischen Grundlagen und der Aktionen des KKK beizutragen. Das wurde auch verstanden und aufgegriffen. Sich den »weißen Brüdern« im weltweiten »heiligen Rassenkrieg« anzuschließen, hieß hierzulande, MigrantInnen, Schwarze und Linke anzugreifen, was aus der Szene heraus oft genug geschah.
Für die geplante dritte Ausgabe seines Skinzines soll Szczepanski von Mahon den Auftrag erhalten haben, mittels eines Rundbriefs zum bewaffneten Kampf aufzurufen. Zudem soll der Abdruck von Anleitungen zum Bombenbau geplant worden sein. Aufgrund der Razzia in der Wohnung des Neonazis Ende 1991 kam es nicht dazu; ein entsprechendes Dokument, das auf die Pläne hinwies, wurde beschlagnahmt.
Auch wenn Mahons und Szczepanskis Ziel scheiterte, aus dem rechten Skinhead-Milieu junge Männer für den Aufbau militanter Zellen für den von KKK propagierten »Rassenkrieg« zu rekrutieren und Terror zu verbreiten, fand die Ideologie des KKK bis heute in unterschiedlichsten Ausprägungen ihren Widerhall in der deutschen Neonaziszene. Dies lässt sich an zahlreichen musikalischen, optischen und politischen Bezugnahmen und den immer wiederkehrenden Versuchen ablesen, Klangruppen aufzubauen.

Pipeline des Terrors

Die deutschen KKK-Grüppchen wurden in den hiesigen Medien wegen ihres Auftretens oftmals als Kuriosität dargestellt, dabei waren Personen aus US-amerikanischen Klans maßgeblich an der Modernisierung der bundesdeutschen Neonaziszene beteiligt. Klanleute importierten bereits Anfang der 1990er Jahre die Idee des ‹Rassenkriegs› und des ‹führerlosen Widerstandes›.

von Ulli Jentsch



^ Dennis Mahon gibt 1997 Interviews im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag von Oklahoma City

»Victory in Germany«, jubelte zur Jahreswende 1991/92 die Zeitschrift »The White Beret« von ihrer Titelseite. Das Mitteilungsblatt der »White Knights of the Ku Klux Klan« (WKKKK), einer radikalen KKK-Abspaltung, widmete gleich drei Seiten der Deutschland-Reise des Klan-Führers und Herausgebers Dennis Mahon. Mahon war ab dem 23. September 1991 auf einer Rundreise durch das »Land seiner Vorfahren« gewesen, finanziert durch seine Klan-Brüder und -Schwestern und mit NS- und Klan-T-Shirts, Aufnähern und Literatur im Gepäck.

Klan-Export nach Deutschland

In dem Bericht wird deutlich, wie positiv beeindruckt der Klanführer von seinen deutschen Gastgebern war, vor allem von denen im Osten Deutschlands. Seine Reise führte ihn nach Berlin, Sachsenhausen, Saarbrücken, Nürnberg, Dresden und Königs Wusterhausen. Bundesweit bekannt wurde sein Auftritt bei einer Kreuzverbrennung in Brandenburg, der von einem RTL-Team gefilmt wurde. Gesendet wurde der werbewirksame Beitrag, der laut Mahon einen Aufschrei in Deutschland und Europa erzeugte, in entgegenkommender Weise erst nach seiner Rückkehr in die USA. Mahon übertreibt in seinem Reisebericht, vermutlich um die Sponsoren bei Laune zu halten: Weder waren, wie von ihm behauptet, um die 60 TeilnehmerInnen bei der Zeremonie, noch wurde sein Fernsehauftritt in ganz Europa registriert.

Trotzdem konnte Mahon einige Kontakte vorweisen, die Substanz zu haben schienen. Einer davon war der damals noch weitgehend unbekannte Carsten Szczepanski, ein Neonazi-Skinhead aus Berlin, dem sich Mahon besonders annahm. Mahon hatte sich in Saarbrücken am Rande eines Konzertes auch mit Ian Stuart Donaldson getroffen, dem Kopf der britischen Band »Skrewdriver« und Begründer der »Blood & Honour«-Bewegung. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre tauchten KKK-Ableger unter anderem in Herford, Bielefeld, Essen, Kiel und Dassel auf. Bei Razzien im Mai 1992 wegen eines vom Generalbundesanwalt gegen den KKK geführten Ermittlungsverfahrens wurden bundesweit 30 Wohnungen durchsucht.

Die Quellen

Mahon gehörte schon in den 1980er Jahren zu den Männern, denen der alte KKK zu lasch war. Die radikale Fraktion des Klans suchte in jener Zeit nach neuen Optionen im Kampf um die »Befreiung der weißen Rasse«. Zu den wesentlichen Protagonisten dieser sich als Avantgarde verstehenden Kreise gehörten Robert Miles und Louis Beam, Tom Metzger, der Gründer des »White Aryan Resistance« (WAR), Kirk Lyons und Mahon selbst. Viele waren unter David Duke in den 1970er Jahren in den Klan gekommen, später bei den »Aryan Nations« oder der »National Alliance« von William Luther Pierce aktiv, doch sie bezeichneten sich meist immer noch als Klansmänner.

Diese Aktivisten verband das gemeinsame Verständnis vom ‹racewar› (‹Rassenkrieg›) und in diesem Kreis wurde die Strategie des ‹leaderless resistance› (‹führerloser Widerstand›) bereits in den 1980er Jahren entwickelt – die auch die bundesdeutsche Szene ab den 1990er Jahren prägte. Die Idee des ‹Rassenkriegs› basiert auf der Vorstellung, in einem besetzten Land zu leben, und zwar besetzt durch eine ‹zionistische Elite›. Dementsprechend sei die Regierung keine Volksvertretung, sondern ein Gebilde, das ZOG genannt wird: ‹zionist occupied government›, die ‹zionistisch besetzte Regierung›. Diese wolle, so die Verschwörungsideologie, mithilfe eines geheimen Plans und unterstützt durch die von ihnen kontrollierten Medien und das internationale Finanzkapital die ‹weiße Rasse› in ihrer biologischen Substanz zerstören. Da bereits ein existenzieller Krieg, ja ein ‹unerklärter Vernichtungskrieg›, herrsche, seien diejenigen, die sich bewaffnen und Gewalt gegen das ‹herrschende System› anwenden, im durch die Notwehr gerechtfertigten Widerstand.

William Pierce hatte 1978 den bekanntesten Roman über dieses Thema veröffentlicht, die »Turner Diaries« (Turner Tagebücher). Anfang der 1980er Jahre war dies in den USA ein Buch, das in der nationalistischen Szene alle gelesen hatten. 1983 gründeten Mitglieder der »Aryan Nations« unter Robert Mathews die Neonazi-Terrorgruppe »The Order« und versuchten, das Vorbild aus den Tagebüchern in die Realität umzusetzen; ein Versuch, der schon nach anderthalb Jahren scheiterte. Bereits Mitte

1985 war die Organisation nach einer Serie von Anschlägen, darunter Bombenanschläge und der Mord an dem jüdischen Radiomoderator Alan Berg sowie Überfälle auf Banken und Geldtransporter, von den Behörden komplett aufgerieben worden. Dies ermöglichten vor allem Aussagen von Informanten aus den eigenen Reihen.

KKK-Konzepte für die deutsche Szene

Louis Beam, der eng mit Miles, aber auch Mathews zusammengearbeitet hatte, verfasste in der gleichen Zeit einen der bekanntesten programmatischen Texte zu ‹leaderless resistance›. Der fünfseitige Artikel wurde bereits 1983 geschrieben und immer wieder veröffentlicht. Eine Ausgabe vom Januar 1992 ist Anfang 2016 problemlos im Internet erhältlich. Entscheidend an Beams Vorschlägen ist der Versuch, von hierarchischen (‹pyramidalen›) Organisationen wegzukommen, da diese leicht zu unterwandern und zerstörbar seien. Erfolgversprechend sei vielmehr, in Zeiten eines schwachen Widerstandes, auf sogenannte ‹Phantomzellen› (‹phantom cells›) zurückzugreifen. Beams Definition des ‹leaderless resistance› lautete: »A system of organization that is based upon the cell organization, but does not have any central control or direction (…) all individuals and groups operate independently of each other, and never report to a central headquarter or single leader for direction or instruction (…).«

Das Desaster, in dem »The Order« geendet hatte, bestärkte Leute wie Beam darin, sich von den großen, von Einzelpersonen beherrschten, Organisationen zu lösen. Andere widersprachen, etwa ein Landeschef der »Aryan Nations«, der nationalsozialistische Prinzipien verletzt sah: »Es kann nur eine Armee geben,« schrieb er, »(u)nd es kann nur einen Anführer der Armee geben.« Und auch Pierce war nicht einverstanden. Der Widerstand in seinem Buch »Turner Diaries« wurde durch eine kleine mystische Geheimgesellschaft geleitet, dem Orden, einer Kaderorganisation unter ihrem Führer.

Kirk Lyons war ein weiterer Klansmann, der Anfang der 1990er Jahre Deutschland bereiste. Er war damals Anwalt des bekannten Holocaust-Leugners Fred Leuchter und in dieser Eigenschaft beliebter Gast bei neonazistischen Veranstaltungen. So zum Beispiel bei dem gescheiterten Versuch, im März 1991 in München einen sogenannten Leuchter-Kongress abzuhalten, zu dem Veranstalter Ewald Althans mehrere hundert TeilnehmerInnen mobilisieren konnte. Lyons bereiste 1992 auch die deutsche Provinz, zehn Städte von Baden-Württemberg bis Brandenburg, und informierte nicht nur über das Verfahren gegen Fred Leuchter, sondern auch über den KKK in den USA. In einem Interview mit dem neonazistischen Fanzine »Volkstreue«, das im September 1992 erschien, zeigte sich Lyons ähnlich begeistert wie Mahon von der Gastfreundschaft und von den »nützlichen Kontakte(n) für die Zukunft«, die er knüpfen konnte.

Lyons äußerte sich auf Nachfrage allerdings kritisch über die Verfassung des KKK. Der Klan sei in den USA »heute wirkungslos und manchmal sogar destruktiv«, »mit Spitzeln durchsetzt«. Die meisten fähigen Führer hätten den Klan verlassen, so Lyons, und auch der Rest solle dem Rat von Robert Miles folgen: »Werdet unsichtbar, hängt die Roben und Kapuzen an den Haken und werdet eine Untergrundorganisation«. Auch Dennis Mahon, der »hauptverantwortlich für die Popularität des Klans in Deutschland ist«, habe inzwischen den Klan verlassen. Mahon war tatsächlich bereits Mitglied in Tom Metzgers »White Aryan Resistance« (WAR) geworden. Der Klan sei ein »rückständiges und gescheitertes Experiment«, so Lyons. Im Mai 2012 endete ein Prozess gegen Mahon und seinen Zwillingsbruder Daniel. Beide wurden beschuldigt, 2004 aus rassistischen Motiven eine Briefbombe an das »Diversity Office« in Scottsdale verschickt zu haben. Verletzt wurden bei der Öffnung des Briefes der Leiter des Büros, Don Logan, und seine Angestellte, Renita Linyard. Nach Angaben der Behörden sollen die Brüder im Namen des WAR gehandelt haben. Der mittlerweile 65-jährige Dennis Mahon wurde zu 40 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt.



^ KKK auch in Halle an der Saale

Blaupause für den ‹Widerstand›

Trotz dieser scharfen Kritik kam es in den folgenden Jahren in Deutschland weiter zu Klan-Aktivitäten. Andere begannen, teilweise auch parallel, mit weiteren Vorbildern aus den USA zu liebäugeln, dem Weg, den die »fähigen Führer« eingeschlagen hatten, zu folgen. Im Jahr 1993 folgten unter Berufung auf Metzgers WAR erste Aufrufe, sich dem »Weißen Arischen Widerstand« anzuschließen und bereits 1994 wurde das Label in Zusammenhang mit einer Bombendrohung benutzt. Ebenso wie in den USA begann jene Fraktion der Neonaziszene mit einem offensichtlichen Hang zu bewaffneten Aktionen sich mit dem Konzept des ‹leaderless resistance› zu beschäftigen. Doch die Riten des KKK hatten es der deutschen Szene offenbar weiterhin angetan. Im Zuge der Ermittlungen nach dem Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) wurden gleich zwei klandestine Kreuzverbrennungen aus dem Jahr 1996 bekannt. An der einen im deutsch-tschechischen Grenzgebiet nahmen unter anderem Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Ralf Wohlleben teil, damals aktiv in der »Kameradschaft Jena«. Und in der Gegend um Johanngeorgenstadt brannte ebenfalls ein Kreuz lichterloh, so dass es sogar tschechischen Grenzbeamten aufgefallen war. Der Untergrund und die Unterstützung des abgetauchten Kerntrios des NSU sollte alle auf andere Weise wieder zusammenbringen. Der 2002 verstorbene William Pierce hätte wohl seine Freude daran gehabt.

Kirk Lyons offenbarte in seinem Interview 1992 seine Sympathie für die von Miles und Beam vorgegebene Linie, den Weg in die Unsichtbarkeit zu gehen. Diese Option war für die US-amerikanischen Neonazis vor dem Hintergrund der massiven staatlichen Repression und dem Versagen anderer Organisationsmodelle naheliegend. Und Robert Miles sprach bereits zehn Jahre zuvor von der Struktur eines Netzes, anstatt der üblichen Kette von Befehlsgebern und -empfängern; regionale Zellen sollten sich miteinander vernetzen, anstatt sich zu hierarchischen Organisationen zu vereinigen. Es ist nicht gewagt zu sagen, dass dies wie eine Blaupause der organisatorischen Entwicklung der deutschen Neonaziszene ab Mitte der 1990er Jahre klingt, einer Blaupause aus den Händen von Klansmännern.

Brennende Kreuze im Ländle

Der »European White Knights of the Ku Klux Klan – Realm of Germany” (EWK KKK) sorgte für Schlagzeilen. Einerseits durch Verbindungen zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) und zum Verfassungsschutz, andererseits durch die Beteiligung baden-württembergischer Polizisten.

von Sven Ullenbruch und Lucius Teidelbaum



< hier wurde die Polizistin Kiesewetter am 25. April 2007 ermordet

Der Anfang der 2000er Jahre im Raum Schwäbisch Hall aktive EWK KKK war nicht nur ideologisch vom traditionsreichen Geheimbund in den Vereinigten Staaten inspiriert. Die Kapuzenträger formten auch den europäischen Ableger der »Mississippi White Knights of the Ku Klux Klan«. In einer Selbstbeschreibung des EWK KKK hieß es: »Das Ziel der European White Knights of the Ku Klux Klan ist die Erhaltung der weißen Rasse und somit der direkten Blutslinie zu Gott.« Eine Selbstdarstellung im Internet gab an: »Bei uns sind keine Verlierer und Versager, wir haben Mitglieder aller Art vom Doktor bis zum Tischler, vom Maurer bis zum Polizisten (…).« Letzteres ließ aufhorchen.

Der Klan und die Polizisten

Wie heute bekannt ist, suchten tatsächlich Polizeibeamte aus dem Südwesten Deutschlands die Nähe des Klans. Von zweien ist die Mitgliedschaft belegt. Timo H. aus Balingen, der heute als Polizeihauptmeister seinen Dienst verrichtet, war zudem der Gruppenführer von Michèle Kiesewetter. Die aus Thüringen stammende Polizistin wurde am 25. April 2007 während eines Einsatzes der Böblinger Bereitschaftspolizei in Heilbronn mutmaßlich von NSU-Terroristen ermordet. H., der auch privat Kontakt zu Kiesewetter hatte, war in der Nähe des Heilbronner Bahnhofes in Zivil unterwegs, als auf der Theresienwiese der tödliche Schuss fiel. Der NSU-Untersuchungsausschuss im Stuttgarter Landtag geht aber nicht davon aus, dass ein Zusammenhang besteht. Auch, weil zwischen der KKK-Mitgliedschaft des heute 35-Jährigen und dem Mord an Kiesewetter mehrere Jahre liegen. Timo H. hatte Ende 2001 seinen Mitgliedsantrag für den Klan ausgefüllt. Sein Kollege Jörg W. aus Böblingen war zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglied der Kapuzentruppe. Vor dem baden-württembergischen Untersuchungsausschuss belasteten die beiden sich gegenseitig. Außerdem beteuerten die Polizisten, nichts vom rassistischen und antisemitischen Charakter des EWK KKK geahnt zu haben. Sie seien auf der Suche nach Gemeinschaft, Bibelauslegung und Kontakten zu Frauen gewesen.

Wie viele weitere PolizistInnen sich im Umfeld des Klans tummelten, ist nicht klar. Als Schnittstelle fungierte offensichtlich Jörg B., der heute Kriminaloberkommissar ist. Dessen Bruder Steffen B. war »Sicherheitsoffizier« und als »Grand Nighthawk« zweiter Mann der »European White Knights«. Über Jörg B. kamen auch Matthias F. und seine spätere Ehefrau Katrin T. in Kontakt zum Geheimbund – beide sind ebenfalls im Polizeidienst. In Papieren des Verfassungsschutzes ist von einer rechten Polizistengruppe im Bereich Stuttgart/Böblingen die Rede, die sich für den EWK KKK interessierte.

Der Verfassungsschutz: mittendrin statt nur dabei

An Insiderwissen mangelte es den Behörden nicht. Offiziell gegründet wurde der EWK KKK am 1. Oktober 2000 in Schwäbisch Hall von Achim Schmid alias »Reverend Ryan Davis«. Der gebürtige Mosbacher war ab 1994 V-Mann des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz und lieferte dem Dienst umfangreiche Informationen über die Neonazi-Skinheadszene. Da Schmid den Klan nur zwei Wochen nach dem staatlichen »Blood & Honour«-Verbot ins Leben rief, gab es Mutmaßungen, es handle sich um ein Auffangbecken. Bis heute steht zudem die Theorie im Raum, der EWK KKK sei ein »honey pot« gewesen – ein »Honigtopf« des Geheimdienstes, um gezielt Neonazis anzulocken. Vor dem NSU-Untersuchungsausschuss in Stuttgart bestritten VertreterInnen des Verfassungsschutzes diese Theorie. Schmid habe den Klan ohne Kenntnis des Amtes gegründet und sei deswegen im November 2000 als V-Mann abgeschaltet worden. Informationen aus der Mitte der geheimen »Bruderschaft« kamen zu diesem Zeitpunkt längst vom Bundesamt für Verfassungsschutz. Denn Schmid war nicht der einzige V-Mann im EWK KKK. Auch der im April 2014 an einer nicht erkannten Diabetes-Erkrankung verstorbene Thomas Richter bespitzelte seine Kameraden. Unter dem Namen »Corelli« galt er 18 Jahre lang als Top-Quelle. Er stand auch auf der 1998 in einer Jenaer Garage beschlagnahmten Kontaktliste des NSU. Im Klan war Richter als »Kleagle« zuständig für die Rekrutie-

rung neuer Mitglieder und den Betrieb eines internen Internet-Forums. Die aus dieser Zuständigkeit entstandenen Einsichten soll er an seinen Arbeitgeber weitergegeben haben. Unklar ist, ob die beiden Inlandsgeheimdienste über die V-Mann-Tätigkeit für die jeweils andere Behörde informiert waren.
Als zweifelhaft gilt auch, ob die Verfassungsschützer im Landesamt wirklich erst im Jahr 2000 von den KKK-Aktivitäten ihres V-Mannes Achim Schmid erfuhren. Am 24. März 1999 hatte die Polizeidirektion Schwäbisch Hall das Landesamt per Fax auf Klan-Aktivitäten von Schmid hingewiesen. Schmids V-Mann-Führer behauptete im NSU-Ausschuss, er habe von der Nachricht erst 2015 aus der Presse erfahren.

Südwest-Neonazis mit Hang zum Klan

Sicher ist, dass der Haller Klan bestehende Neonazi-Skinhead-Strukturen zur Rekrutierung nutzte und auf früheren KKK-Gruppen aufbaute. Offenbar gab es in Teilen der südwestdeutschen Neonazi-Szene schon vor der EWK KKK-Gründung eine starke Affinität zu dem rassistischen Geheimbund. Die Behörden müssen darüber zeitweise im Bilde gewesen sein. Seit 1992 sollen die »International Knights of the Ku Klux Klan« (IK KKK) im Ländle aktiv gewesen sein. Dessen »Grand Dragon« war der in Baden-Württemberg lebende US-Amerikaner Paul E.. ErmittlerInnen fanden bei Emond einen Klan-Ausweis, als sie seine Wohnung nach Waffen durchsuchten.
Auch der spätere EWK KKK-»Sicherheitsoffizier« Steffen B. und der V-Mann Achim Schmid waren Mitglieder im IK KKK. Schmid soll 1998 beigetreten sein. Thomas Richter alias »Corelli« war zumindest Aufnahmekandidat. »International Knight« war auch der umtriebige Holger Wied (Spitzname »Tweety«), der als Musiker der Band »Triebtäter« in der Szene bekannt war. Vor dem NSU-Ausschuss berichtete ein Zeuge von Kreuzverbrennungen, Schulungen und Grillfesten des IK KKK. Ob auch der ehemalige »Blood & Honour«-Kader Markus Frntic zu den »International Knights« zählte, ist nicht klar. Zumindest fiel der Deutsch-Kroate dem Verfassungsschutz Mitte der 1990er Jahre als Chef einer Klan-Gruppe aus Stuttgart auf. 1995 wurde Frntic zusammen mit dem US-amerikanischen KKKler Michael C. Beth in Polizeigewahrsam genommen. Am 1. Juli 2000 nahmen sowohl Frntic als auch Achim Schmid und Angehörige der »Blood &Honour«-Nachfolgeorganisation »Furchtlos und Treu« an einer Kreuzverbrennung in Winterbach im Rems-Murr-Kreis teil. Im Herbst 2000 trennten sich offensichtlich die Wege und Schmid gründete mit dem EWK KKK seinen eigenen Klan.

Mitglieder und Aktivitäten

Die »European White Knights« waren eine verhältnismäßig kleine Gruppe. Auf dem Papier zählten nach Angaben verschiedener Quellen rund 20 Personen zu dem Geheimbund. Bis heute ist unklar, wer davon festes Mitglied war, da zum Teil unbestätigte Angaben kursieren. Auch wenn der Klan außerhalb der schwäbischen Provinz kaum Aktivitäten entfaltete, versuchte er bundesweit AnhängerInnen zu rekrutieren. Auf einer Liste angeblicher Mitglieder tauchen Namen aus dem gesamten Bundesgebiet auf, etwa aus Eisenach, Rostock, Wernigerode und Leipzig. Auch Kleagle »Corelli« musste aus Halle anreisen, wenn er seine Kameraden sehen wollte. Bei den Zusammenkünften des EWK KKK tauchten aber wohl deutlich weniger Kapuzenmänner auf, als es die offiziellen Mitgliederpapiere vermuten ließen. Diese Treffen fanden bei Achim Schmid zu Hause statt, man traf sich aber auch in Kneipen wie dem »Kachelofen« in Böblingen, dem »Spacs« in Schwäbisch Hall und der »Rockfabrik« in Ludwigsburg. Klan-Rituale der Gruppe mit brennenden Kreuzen und Deko-Schwertern sollen auf der Ruine Limpurg und der Geyersburg im Raum Schwäbisch-Hall sowie in Sulzbach/Murr und Ansbach stattgefunden haben.
Eine der wenigen Frauen im Klan war Yvonne F. aus Schwäbisch Hall, die damalige Ehefrau von Achim Schmid. Mit ihr betrieb Schmid den Versand »Rebel Knight Country Shop«. Yvonne F. war innerhalb des EWK KKK Schriftführerin, trennte sich aber 2004 endgültig von ihrem damaligen Mann. Als Zeugin vor dem Stuttgarter NSU-Ausschuss behauptete sie, seit 2009 keinen Kontakt mehr zur rechten Szene zu haben. Ihr jetziger Ehemann Holger F. findet sich allerdings auf der Kundenliste des extrem rechten »Odin-Versandes« aus Sachsen.



^ V-Mann-Neonazi und KKK-Mitglied Achim Schmid

Waffen und Gewalt

Klan-Chef Achim Schmid hielt mit seinen Sympathien für den Rechtsterrorismus nicht hinter dem Berg. Über die amerikanische Gruppe »The Order« schrieb er als »Ryan Davis« am 15. Juli 2001: »Ich persönlich bewundere die Mitglieder von ‹The Order› für ihre Standhaftigkeit, wie man jeden bewundern sollte, der für seine Ideale einsteht.« Auf CDs warb Schmid, der auch als Liedermacher in der Neonazi-Szene unterwegs war, für die Terrorgruppe »Combat 18«.
Ob im Zusammenhang mit solchen Vorbildern und der generell in der Klan-Ideologie angelegten Gewaltbereitschaft vom EWK KKK auch militante Aktionen geplant waren, ist nicht bekannt. Eine Spur zum NSU führt über den ehemaligen »Blood & Honour«-Aktivisten Andreas Graupner. Der Chemnitzer zog Anfang der 2000er Jahre nach Baden-Württemberg und wurde dort Mitglied der Band »Noie Werte«. Im Jahr 2000 soll er Kameraden gegenüber geäußert haben, den drei untergetauchten NSU-Terroristen »gehe es gut«. Auf einer Liste des sächsischen Verfassungsschutzes mit möglichen Kontaktpersonen von Graupner stand auch Achim Schmid. Der wurde außerdem im Frühjahr 2000 in den Niederlanden kurzfristig inhaftiert – wohl wegen Waffenbesitzes. Kurz darauf unterhielt sich Schmid in einem Internetchat mit seinem Klanbruder Thomas Richter über Waffen. Es ging auch um den Zwickauer Neonazi Ralf Marschner (Spitzname »Manole«). Laut eines Beweisantrages der Nebenklage im NSU-Prozess soll Marschner ebenfalls V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz gewesen sein und zum NSU-Umfeld gezählt haben.
Trotz aller Ungereimtheiten kam der EWK KKK aus Sicht des baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschusses »kaum über gelegentliche ‹Saufabende› hinaus«, wie es im Abschlussbericht heißt. Nach zwei Jahren zerfiel der Klan. Unklar ist der Grund für sein Ende. Nach einer Version zerbrach er an internen Streitereien, nach einer anderen durch eine konzertierte Gefährderansprache am 31. August 2002 durch den Verfassungsschutz an die Mitglieder. Auch die beiden Polizisten kehrten den »European White Knights« im Sommer 2002 den Rücken.
Die Frage, ob der Klan im Südwesten auch mit Waffen hantierte, wurde mehr als 13 Jahre später wieder aktuell. Im September 2015 fanden Ermittler in einem Erddepot im Schurwald bei Plochingen mehrere hundert Patronen scharfer Munition. Ein Unbekannter hatte an die »Stuttgarter Nachrichten« einen schriftlichen Hinweis mit Lageplan geschickt. In dem anonymen Schreiben wurde auf den »Ku-Klux-Klan« verwiesen.



Leuchtende Kreuze in der Provinz

Die kurze Ära der »European White Knights of the Burning Cross«

von Ulli Jentsch

Nicht immer werden die Gründungen von Klangruppen in Deutschland vom Kern der militanten Neonaziszene organisiert. Bereits im Jahr 2007 hatte der Berliner Peter Becker nach eigenen Angaben die deutsche Sektion der »European White Knights of the Burning Cross« (»Europäische Weiße Ritter des brennenden Kreuzes«, EWKOTBC) initiiert. Die Bezeichnung als autorisierter europäischer Klan ist umstritten, man war verbrüdert mit einigen US-amerikanischen Gruppen und unterhielt weitere, unbedeutende Sektionen in mehreren europäischen Ländern, darunter Großbritannien, Polen und Norwegen. Personelle Überschneidungen oder andere belastbare Hinweise zu dem Anfang der 2000er Jahre aktiven »European White Knights of the Ku Klux Klan« (»Europäische Weiße Ritter des Klu-Klux-Klan«, EWK KKK) sind nicht bekannt.
Becker bezeichnete sich selbst als »Reverend Imperial Wizard«, der vor der europäischen Klan-Gründung lange Jahre Mitglied in US-amerikanischen KKK-Gemeinden gewesen sein will. Auf seiner persönlichen Webseite wies er auf die Mitgliedschaft in mehreren weiteren Kirchengemeinden hin, vor allem auf den »Orden von Sankt Paul«. Becker macht hier seinen Hang zu vorgeblich ‹authentischen› militant-christlichen Ideologien deutlich und eine dadurch begründete Frontstellung gegen die Einwanderung aus islamischen Ländern.

Erst langer und dann kurzer Prozess

Es dauerte eine Weile, bis die Gruppe von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Im September 2009 durchsuchte die Polizei Beckers Wohnung in Berlin-Reinickendorf, weil es auf der von ihm angemeldeten Webseite des Klans (www.whiteknightseuropa.de) volksverhetzende Inhalte gab. Ab März 2011 schließlich wurde dem damals 58-Jährigen der Prozess gemacht. In der Anklageschrift hieß es: »Die Bilder in Verbindung mit den schriftlichen Anmerkungen suggerieren, wie vom Angeschuldigten beabsichtigt, auf geschmacklose Weise, dass dunkelhäutige Menschen abartig, primitiv und brutal sowie Überträger von Geschlechtskrankheiten seien, und stellen diese damit als minderwertig gegen Menschen mit weißer Hautfarbe dar.« Becker hielt dem entgegen, er sei weder Betreiber noch Domaininhaber oder Administrator.
Im Prozess zeichnete sich Peter Becker als ein Mann mit widersprüchlichen Selbstdarstellungen aus. Er verwies auf befreundete Kirchenmänner aus vielen Ländern, darunter etliche, die den rassistischen Kriterien eines »arischen Christentums«, wie es der EWKOTBC propagierte, nicht entsprechen würden. Der Prozess sei, so Becker, der »Versuch, mich als Bischof und Priester zu diskreditieren«. Verlesen wurde dieses Statement durch den bekannten Berliner Neonazi-Anwalt Wolfram Nahrath, was Beckers Glaubwürdigkeit nicht erhöhte. Nach der erstinstanzlichen Verurteilung bedrohte Becker den Richter im Internet als »Judensau«. Er persönlich werde dereinst die Knoten knüpfen, wenn endlich wieder »nicht nur Plakate an deutschen Laternen hängen«. Schlussendlich konnte durch die Aussagen ausgestiegener KKK-Mitglieder Beckers Verantwortung für die Webseite bewiesen werden: Im November 2013 wurde er zu einer Geldstrafe wegen Volksverhetzung und Bedrohung verurteilt.

»Drückerkolonne« auf »Idiotenfang«

Abgesehen von den propagandistischen Aktionen versammelte der EWKOTBC hoch geschätzt nur zwei Dutzend Mitglieder, verteilt über fast das gesamte Bundesgebiet. Auch einige Frauen waren darunter, die laut Statuten vollwertige Mitglieder waren und auch Ämter bekleideten. Für die »LOTIE« (»Lady Of The Invisible Empire«) genannten Klansfrauen, die sich als »militanter Arm der Frauenbewegung« verstanden, gab es im EWKOTBC einen eigenen, weiblichen »LOTIE COMANDER«. Neben den auch auf der Webseite dargestellten Zeremonien mit dem ganz großen Brimborium – Kutten mit verschiedenen Farben und Emblemen je nach Rang, Schwertschlag und Siegelringe für Neumitglieder, auf alt getrimmte Urkunden – soll der Klan unter Becker ein »Idiotenfang« gewesen sein, »eine Drückerkolonne auf Ku Klux Klan«, wie ein Aussteiger vor Gericht aussagte. Am Ende des Prozesses war die Becker-Truppe bereits zerstritten und auf zehn Personen geschrumpft.
Allerdings ein »Idiotenfang« von Leuten, die schon im Aufnahmeantrag schwören mussten, der »weißen Rasse« anzugehören, an die »Segregation der Rassen« zu glauben und die sich zum Teil mit großkalibrigen Waffen darstellten. Das Glaubensbekenntnis der EWKOTBC besagte unter anderem: »Allein WIR von dieser Rasse und Genetic sind die Menschen, welche alle biblischen Prophezeiungen erfüllen (…).« Und »Reverend Imperial Wizard« Becker verkündete: »Wir sind gegen (...) eine weitere Überfremdung unseres heiligen Vaterlandes durch Juden, Moslems, Neger, Asiaten, kriminelle Ausländer (…) Homosexuelle, Bastarde, Multikulti, Extremisten, Drogen.«
Die wenigen dokumentierten Aktivitäten des Klan waren sogenannte »Kreuzerleuchtungen« wie Ende Februar 2011 im mecklenburgischen Grabow. Dort hatten ein Dutzend Personen – Männer und Frauen – auf einer Freifläche in einer Zeremonie ein winziges Holzkreuz »erleuchtet«. Der Begriff »Kreuzverbrennung« wird mittlerweile vermieden, da es wegen der impliziten Drohung unter anderem als Hassverbrechen verfolgt wird. Die Zeremonie in Grabow verweist auf das dort wohnende Klan-Mitglied Norbert W. und seine Freundin. Er gibt noch heute teilweise seine Klan-Sympathien im Netz preis, wo er sich bei Twitter als »Klavalier« bezeichnet und mit dem Kürzel »nobss311« hantiert (»311« meint dreimal den elften Buchstabe des Alphabets, KKK). Ansonsten sind die Aktivitäten des EWKOTBC sichtbar erloschen.

Nichts gewusst?

Die deutschen Geheimdienste waren immer dicht dran am »Ku-Klux-Klan«. Doch in den »Verfassungsschutzberichten« taucht der Klan kaum auf. Erst seit 2001 ist er »Beobachtungsobjekt«.

von Ernst Kovahl



^ V-Mann-Neonazi und KKK-Mitglied Carsten Szczepanski

»Entgegen anderslautenden Presseberichten besitzt der ‹Ku-Klux-Klan› in Deutschland offenkundig keine Anhänger, die ihm dauerhaft verbunden sind«, notierte der Brandenburger Verfassungsschutz in seinem öffentlichen Bericht über das Jahr 1994. Seit 1992 seien im Land »nur gelegentlich« Propagandamaterialien des »Ku-Klux-Klan« (KKK) aufgetaucht - Entwarnung also.

Brandenburg

Doch gerade der Brandenburger Dienst hätte mehr wissen können, fand doch eine Reihe der KKK-Aktivitäten in seinem Zuständigkeitsbereich statt. 1991 machte der Anführer der »White Knights of the Ku-Klux-Klan« Dennis Mahon aus den USA auf seiner Werbetour Station im brandenburgischen Königs Wusterhausen. 20 bis 50 Neonazis nahmen an einer Kreuzverbrennung im Stil des Klans teil. Organisiert hatte das Treffen Carsten Szczepanski, Führer der »White Knights of the KuKluxKlan / Germany« und Herausgeber des KKK-Fanzines »Das Feuerkreuz«. Den Behörden lag das Blatt spätestens Ende 1991 vor. Bei einer Razzia fand die Berliner Polizei zudem Beweise für seine Tätigkeit im KKK. Ermittlungen des Generalbundesanwaltes gegen ihn und mehr als 30 weitere Personen wegen der Gründung einer deutschen Sektion folgten. Wenig später verletzten dann im Mai 1992 Neonazis unter der Führung von Szczepanski im brandenburgischen Wendisch Rietz einen Asylbewerber lebensgefährlich. Die Tat sei, so die Ermittler, unter »Ku-Klux-Klan-Rufen« geschehen. Szczepanski habe, so hieß es im Urteil des Landgerichts Frankfurt/Oder, mit der »Erhofften Tötung« seines Opfers die »tief verinnerlichten Ziele des ‹Ku-Klux-Klans›« verwirklichen wollen. In der Haft warb ihn dann das Landesamt für Verfassungsschutz als Spitzel an. Keine AnhängerInnen und nur hin und wieder Propagandamaterialien des Klans in Brandenburg? Wusste der Dienst wirklich nicht mehr?

Baden-Württemberg

Zur gleichen Zeit wies der Geheimdienst von Baden-Württemberg wiederholt auf den Klan hin. Zwar nicht in den breit gestreuten Verfassungsschutzberichten, sondern in Broschüren über rechte Skinheads. Das Amt beschrieb 1992 die rassistische Klan-Ideologie, wies auf die Nutzung der KKK-Symbolik im RechtsRock hin und warnte: »In jüngster Zeit häufen sich Hinweise auf Kontakte der Skinhead-Szene zu in Deutschland agierenden KKK-Gruppen«. Ausdrücklich wurde ein Ermittlungsverfahren gegen »die deutsche Teilorganisation des KKK (...) wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung« erwähnt.
1993 warnte der Verfassungsschutz Baden-Württemberg noch vor der »Affinität vieler Skins« zum KKK. Doch dann verschwand der Klan – bis heute – aus den Berichten und tauchte zwischenzeitlich nur 2001 einmal kurz in einer Liste mit rechten Fanzines auf. Dabei gab es in der Region zwischen 1992 und 2007 wiederholt »Aktivitäten der Klan Gruppierung ‹International Knights of the KKK›«, wie das Innenministerium des Landes 2014 einräumte. 1998 trat beispielsweise der Neonazi Achim Schmid dem Klan bei und baute im Jahr 2000 einen Ableger der »European White Knights of the Ku-Klux-Klan« (EWK/KKK) auf. Bereits seit 1994 war er als Informant und V-Mann für den Verfassungsschutz tätig. Angeblich habe er über die Klan-Gründung nicht berichtet, weswegen er als Spitzel abgeschaltet wurde. Auch der Polizei waren im Ländle seit 1999 wiederholt Straftaten mit Bezug auf den KKK aufgefallen. 2004 und 2005 gab es dann sogar Disziplinarverfahren gegen zwei Polizeibeamte, da sie 2001 und 2002 Kontakt zum KKK hatten. Fotos zeigten sie vor Symbolen des Klans. Die Informationen darüber stammten vom Verfassungsschutz. Doch gegenüber der Öffentlichkeit schwieg der Dienst.

»Beobachtungsobjekt«

In den NSU-Untersuchungsausschüssen zeigte sich, wie viele Kenntnisse zum KKK in den Ämtern existierten und dass mehrere Spitzel in dessen Dunstkreis tätig waren, unter anderem Szczepanski (»Piatto«), Schmid (»Radler«) und Thomas Richter (»Corelli«). Doch trotz schwerster Straftaten, erkennbaren Strukturen, rassistischer Hetze und Kenntnissen in den Behörden wurde der KKK in den Verfassungsschutzberichten nur selten aufgeführt, klein geredet oder verschwiegen. Erst 2001 wurden der »KKK bzw. die in Deutschland auftretenden Gruppen« des KKK »zum Beobachtungsobjekt« der Dienste von Bund und Ländern. Zuvor wurden sie »als rechtsextremistischer Verdachts- bzw. Prüffall bearbeitet«, teilte das Baden-Württembergische Innenministerium 2012 mit. Der EWK/KKK sei beispielsweise »in der öffentlichen Berichterstattung« nicht erwähnt worden, da es sich »nur um eine kleine Organisation handelte, die zudem agierte, ohne öffentlich wahrgenommen zu werden«.
Eine abschließende Antwort auf die Frage, ob das Verschweigen und Kleinreden des KKK Unwissenheit, Fehleinschätzung oder Strategie war, lässt sich nicht geben. Klar ist aber, dass in den Ämtern ausreichend Wissen über die Aktivitäten des Klans vorhanden war. Mehrere Spitzel der Ämter waren zudem in dem Milieu aktiv. Möglicherweise wurde der Klan nicht als eigenständige Struktur, sondern nur als subkultureller Teil der Skinhead-Szene verstanden und deswegen nicht gesondert beachtet. Oder vielleicht war wieder einmal das Scheuklappendenken der BeamtInnen, dass ein Beobachtungsobjekt feste Mitglieder und einen Kassenwart brauche, dafür verantwortlich, dass keine Strukturen erkannt wurden. Und wahrscheinlich war es reiner Zufall, dass das Landesamt in Baden-Württemberg zwischen 1994 und 2001 den KKK nicht erwähnte – genau in dem Zeitraum, als Schmid für sie spitzelte; und der Klan in Brandenburg 1994 aus den Berichten verschwand, als Szczepanski angeworben wurde.

Expansion gescheitert

Eines der zentralen Anliegen des »Ku Klux Klans« ist es, die Überlegenheit der »weißen Rasse« weltweit sicherzustellen. Die Auswahl an Verbündeten jenseits der USA ist eingeschränkt, denn diese sollen nicht nur »weiß«, sondern auch protestantisch sein. Es ist daher wahrscheinlich kein Zufall, dass Versuche, Klangruppen aufzubauen, vor allem in protestantisch geprägten Ländern zu finden sind.



von Toni Brandes

Großbritannien

Bei der Suche nach Gleichgesinnten ist für den »Ku Klux Klan« (KKK) Großbritannien die erste Wahl, beruft der Geheimbund sich doch auf seine britischen Wurzeln. Und in der Tat, formal betrachtet erfüllt die ehemalige Kolonialmacht alle Bedingungen, die der Klan an seine Verbündeten stellt: WASP (weiß, angelsächsisch und protestantisch) und die gemeinsame Sprache. Das Interesse des KKK an Großbritannien erwachte 100 Jahre nach seiner Gründung. In den 1970er Jahren reisten mit Bill Wilkinson und David Duke führende Klan-Aktivisten auf die britischen Inseln; in den 1980er Jahren versuchte Allan Beshella Klan-Strukturen in Großbritannien aufzubauen. Beshella war Vertreter von James W. Farrands, dem Führer des mittlerweile inaktiven »Invisible Empire, Knights of the Ku Klux Klan«. Die Aktivitäten dieses britischen Klan-Ablegers kamen nach dem Bekanntwerden einer Verurteilung Beshallas wegen Kindesmissbrauchs in den USA vorübergehend zum Erliegen. Von den geschätzten 400 Mitgliedern war bis Mitte der 1990er Jahre gerade einmal die Hälfte übrig geblieben. Alan Winder startete 1998 einen weiteren Versuch, die Organisation zum Leben zu erwecken. Ausgestattet mit höchsten Weihen aus den USA – Winder wurde von führenden Klanmitgliedern in einer geheimen Zeremonie ernannt – machte er sich ans Werk. Doch wie sein Vorgänger war er nicht in der Lage, den Wirkungskreis des Geheimbunds zu erweitern. Offensichtlich waren das Konzept des KKK – mit all seiner politisch motivierten Gewalt und dem ausgeübten Terror – sowie die antisemitische und rassistische Ideologie nicht attraktiv genug für die extreme Rechte auf der Insel. Die britischen Rechten fanden sich eher in faschistischen und neonazistischen Organisationen und Parteien wieder. Dazu kam, dass das in England gegründete RechtsRock-Netzwerk »Blood & Honour« gewalttätigen Neonazis einen Organisationsrahmen bot. Einen Nährboden für militante und terroristische Konzepte und Aktivitäten bot der daraus hervorgegangene Zusammenschluss »Combat 18«. Auch dass sich Dennis Mahon 1991 mit dem Sänger der RechtsRockband »Skrewdriver« und »Blood & Honour«-Gründer Ian Stuart Donaldson traf und diesen in einer geheimen Zeremonie zum Klanmitglied ernannte, trug nicht zu wachsenden Mitgliederzahlen bei.

Skandinavien

Ähnlich wie in Großbritannien versuchte der US-amerikanische Klan, Strukturen in den skandinavischen Ländern zu gründen – allerdings ohne Erfolg. So datiert der letzte bekannte Auftritt des KKK in Norwegen auf das Jahr 1997: Er hatte zu einer Pro-Apartheid-Demonstration vor der südafrikanischen Botschaft in Oslo aufgerufen. Die Veranstaltung floppte, die Klan-Mitglieder, mit Umhang und Kapuze ausstaffiert, mussten angesichts der entschlossenen GegendemonstrantInnen aufgeben und sich von der Polizei wegeskortieren lassen. Nach diesem desaströsen Auftritt löste sich der Ableger auf.

In Skandinavien sind seitdem keine nennenswerten Aktivitäten des KKK zu verzeichnen, abgesehen von Propaganda im Internet. In Nordeuropa scheinen die vorhandenen rechten Parteien wie die »Fortschrittspartei«, die »Schwedendemokraten« und die »Wahren Finnen« attraktiver für das rassistische Milieu zu sein. Alle diese Parteien sind mittlerweile in den Landesparlamenten vertreten.

Australien und Südafrika

Auch in Australien und Südafrika versuchte sich der Klan zu etablieren, schaffte es aber nicht. In Südafrika hatte der Geheimbund zur Zeit der Apartheid keine Veranlassung dort aktiv zu werden. Nach dem Ende der Apartheid 1994 sammelten sich die AnhängerInnen der »Rassentrennung« in der seit 1973 bestehenden »Afrikaner Weerstandsbeweging« (AWB), die heute keine Rolle mehr spielt.

Im Gegensatz zu Südafrika bildeten sich in Australien kleinere Ableger. In den späten 1980er Jahren gab es antisemitische und rassistische Attacken, die Täter erklärten damals, sie seien »Klansmen«. Um die Jahrtausendwende riefen die Behauptungen des australischen Neonazis und Mitglieds bei »Imperial Knights« aus Kentucky, Peter Coleman, diverse Militärangehörige hätten sich dem Klan angeschlossen, den damaligen Verteidigungsminister auf den Plan, der eine Untersuchung dieser Behauptungen anordnete. 1999 berichtete die BBC, Coleman habe bereits 70 Mitglieder rekrutiert. Doch die Absicht der Coleman-AnhängerInnen, die rechte Partei »One Nation« von Pauline Hanson zu unterwandern, war nicht von Erfolg gekrönt. So sind die wenigen Klan-Mitglieder schlicht ein Teil der extrem rechten Szene in Down Under, die aus religiösen FundamentalistInnen, neonazistischen Skinheads und Milizen besteht.

Insgesamt betrachtet konnte sich der KKK auf der internationalen Bühne nicht durchsetzen – ein Trend, der sich langfristig ebenfalls in Deutschland zeigt, auch wenn es dort immer wieder Versuche gab, Klangruppen aufzubauen. Neben der Tatsache, dass originäre extrem rechte Strukturen in Europa, Afrika und Australien attraktiver wirkten, gibt Mark Potok vom »Southern Poverty Law Centre« eine weitere Erklärung: »Es gibt zwar dieses mystische Etwas, das manche Menschen anzieht: ‹das unsichtbare Imperium – wir reiten nur Nachts› – das ist aber ein dermaßen amerikanisches Phänomen, dass Sie sich darüber keine Sorgen machen sollten.«

Angriff von Neonazis und Hooligans zum LEGIDA-Geburtstag

Leipzig. Während des einjährigen Jubiläums des PEGIDA-Ablegers LEGIDA in Leipzig wurde am Abend des 12. Januar 2016 der linke Szene-Stadtteil Connewitz von Neonazis überfallen. Etwa 250 Neonazis und Hooligans randalierten in den Straßen, zündeten Pyrotechnik, warfen Steine und verwüsteten zahlreiche Ladenlokale. Gegen 211 der Festgesetzten wird wegen Landfriedensbruchs ermittelt. Ein Großteil der Angreifer stammt aus extrem rechten Fußball- und Hooligan-Kreisen um die Vereine Lokomotive Leipzig und Hallescher FC (Sachsen-Anhalt). Die Neonazigruppe »Brigade Halle« hatte im Vorfeld im Internet auf Facebook zum »Sturm auf Leipzig« aufgerufen.

Anklage gegen »Old School Society«

Karlsruhe. Die Bundesanwaltschaft hat am 13. Januar Anklage gegen vier Mitglieder der neonazistischen Terrorzelle »Oldschool Society« (OSS) erhoben. Der Prozess wegen »Bildung einer terroristischen Vereinigung« gegen die drei Männer und eine Frau im Alter zwischen 23 und 57 Jahren soll vor dem Oberlandesgericht München stattfinden. Seit Frühjahr 2014 wurde gegen die Gruppierung ermittelt, die sich über soziale Netzwerke verabredete und in einer Kleingartenanlage in Borna traf. Im Mai 2015 kauften Mitglieder der Gruppe im Ausland große Mengen Pyrotechnik mit dem Ziel, Anschläge auf Salafisten-Prediger, Moscheen und Flüchtlingsunterkünfte zu verüben. Dafür sollten die Sprengsätze laut Anklageschrift mit Nägeln und Splittern versehen werden.

Altermedia abgeschaltet

Berlin. Am 27. Januar 2016 ist das extrem rechte Portal »Altermedia« vom Bundesinnenministerium verboten worden. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Thüringen und Spanien wurden Razzien mit dem Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung durchgeführt. Zwei Personen, darunter der aktive Neonazis Ralph K., wurden festgenommen, er soll zu dem Kreis von fünf Personen gehören, denen vorgeworfen wird, strafbare, volksverhetzende Inhalte zu verbreiten. »Altermedia« galt als Nachfolger des »Störtebeker«-Netzes, 2011 war der damalige Redakteur zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden, die er bis 2015 absaß. Laut dem Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern wurde die Seite 5 Millionen Mal im Jahr abgerufen, verlor aber angesichts des Aufstiegs der sozialen Netzwerke an Bedeutung.

Razzien nach Dortmunder Silvester-»Party«

Dortmund. Am 11. Februar 2016 hat die Dortmunder Polizei fünf Wohnungen im Stadtteil Dorstfeld sowie im niedersächsischen Landkreis Schaumburg durchsucht und zahlreiche elektronische Geräte sowie eine Schreckschusswaffe beschlagnahmt. Seit Silvester ermittelt eine Sonderkommission wegen Landfriedensbruchs, versuchter Körperverletzung beziehungsweise versuchter gefährlicher Körperverletzung, wegen versuchter Gefangenenbefreiung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie Sachbeschädigung gegen 18 Angehörige des rechten Spektrums. Sie hatten in einer Gruppe von etwa 25 Personen wenige Minuten nach dem Jahreswechsel auf dem Wilhelmplatz in Dortmund-Dorstfeld zwei Streifenwagen angegriffen und die aussteigenden Beamten weiter mit Feuerwerkskörpern, Pflastersteinen und Bierflaschen beworfen. Eine Polizeibeamtin wurde in die Hand gebissen.

Internationaler PEGIDA-Aktionstag mit wenig Erfolg

Dresden. Am 6. Februar 2016 fanden auf Initiative der islamfeindlichen PEGIDA-Bewegung europaweit und in Australien Proteste unter dem Motto »Festung Europa« statt. Die in insgesamt 14 Städten angekündigten Aufmärsche fielen wesentlich kleiner aus als erwartet. In Dresden kamen etwa 8.000 TeilnerhmerInnen, in Prag erschienen 1.500 Menschen, in anderen Städten wie Calais, Bratislava, Warschau, Kopenhagen, Montpellier, Graz, Tallin, Amsterdam Birmingham und im australischen Canberra folgten nur wenige Hundert dem Aufruf. In Basel verboten die Schweizer Behörden den Aufmarsch. In Prag griffen Neonazis die Gegendemonstration und ein linkes Zentrum mit Flaschen, Steinen und Pyrotechnik an. In Calais und Amsterdam wurden die Demonstrationen nach Zusammenstößen mit der Polizei aufgelöst. Geplante Live-Schaltungen, unter anderem zu Tatjana Festerling in Warschau, konnten aufgrund technischer Probleme nicht stattfinden. Ein Aufmarsch in Breslau wurde von nationalistischen Fußballfans verhindert, die den PEGIDA-OrganisatorInnen vorwarfen, die Stadt »insgeheim germanisieren« zu wollen.

Jagd auf MigrantInnen und geplante Anschläge

Stockholm. Am 1. Februar 2016 haben extrem rechte Hooligans in der Stockholmer Innenstadt Flugblätter mit dem Slogan »Es reicht jetzt« verteilt und Jagd auf MigrantInnen gemacht. Zeitweise sollen hunderte Vermummte MigrantInnen und ihre Kinder bedroht und beschimpft haben, einige Dutzend griffen die Menschen an und schlugen auf sie ein. Die Zeitung »Aftonbladet« berichtet von vier Festnahmen. Die Festgenommenen gehören nach Polizeiangaben der Hooligan- und Fußballszene an. Auf der Internetseite »Nordfront« bekannte sich eine neonazistische Gruppierung, sie hätte die Gegend um den Zentralbahnhof von kriminellen Einwanderern aus Nordafrika »gesäubert«. Zuvor war am 26. Januar eine 22-jährige Flüchtlingshelferin von einem 15-jährigen nordafrikanischen Geflüchteten erstochen worden. Am 9. Februar 2016 hat die schwedische Polizei 14 Männer festgenommen, die einen Anschlag auf ein Flüchtlingsheim geplant haben sollen. Bei den Verdächtigen wurden Äxte, Messer und Eisenstangen gefunden. Ziel soll eine Unterkunft für Geflüchtete im rund 60 Kilometer von Stockholm entfernten Nynashamn gewesen sein. Die Zeitung »Aftonbladet« berichtete, keiner der Männer hätte die schwedische Staatsbürgerschaft.

Deutsche Neonazi-Delegation in Athen

Athen. Am 1. Februar 2016 nahmen mehrere Abgesandte deutscher Neonazi-Organisationen am jährlichen »Imia-Marsch« der griechischen Partei »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«) in Athen teil. Es ist mit 2.000 TeilnehmerInnen der größte Aufmarsch der extrem rechten Partei. Etwa 20 Mitglieder der Partei »Die Rechte« aus Dortmund, Hamm und Berlin waren anwesend sowie neun Vertreter der neonazistischen Partei »Der III. Weg«. Am Abend zuvor waren fünf Personen einer deutschen Gruppe leicht und eine Person schwer verletzt worden, nachdem es in einem Athener Touristenviertel zu einer Schlägerei mit griechischen Linken gekommen war. Trotz des Zwischenfalls blieben Dortmunder Neonazis einem Reisebericht zufolge nach dem Aufmarsch in Athen und besuchten unter anderem »zum Andenken an die gefallenen Helden ihres Volkes« einen deutschen Soldatenfriedhof.

»Nicht tragbar«

2013 machte die CDU den früheren Funktionär der »Deutschen Gildenschaft« und Autoren in neurechten Blättern, Karl-Eckhard Hahn, zum Thüringer Regierungssprecher. Ein bis heute zurückgehaltenes Gutachten der damaligen Landesregierung bestätigt, dass Hahn untragbar ist.

von Ernst Kovahl

Das Ergebnis der Studie ist eindeutig. Der Historiker und renommierte Antisemitismus-Forscher Wolfgang Benz kommt in einer von der Thüringer Landesregierung 2013 in Auftrag gegebenen Studie über Karl-Eckhard Hahn und die »Neue Rechte« zu dem Ergebnis: »Der Schluss liegt nahe, dass ein Anhänger dieser Richtung, die auch durch die betonte Zugehörigkeit zur ‹Deutschen Gildenschaft› ausgedrückt ist, für das Amt eines Sprechers einer demokratischen Regierung nicht tragbar ist.«

Rechter Funktionär

Am 1. Juli 2013 ernannte die damalige Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) den promovierten Historiker Karl-Eckhard Hahn zum neuen Regierungssprecher. Seit den frühen 1990er Jahren ist er ein enger Vertrauter der Politikerin. Kurz nach seiner Ernennung machten das antifaschistische Magazin »der rechte rand« (Nr. 143/2013) und die Wochenzeitung »Die Zeit« (Nr. 34/2013) Hahns frühere führende Tätigkeit in der »Deutschen Gildenschaft« (DG) als »Aktivensprecher« und stellvertretender »Schriftleiter« der Verbandszeitschrift (»Blätter der Deutschen Gildenschaft«) sowie seine publizistische Arbeit für verschiedene rechte Blätter (»Criticón«, »Etappe«, »Ostpreußenblatt«, »Phoenix«, »Zeitenwende«) öffentlich. Thüringens damaliger Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) protestierte daraufhin gegen die Personalentscheidung: Er werde öffentlich nicht mit Hahn auftreten.

Geheimdienst erklärt Unbedenklichkeit

Die Landesregierung beschloss daher im August 2013, über die Verfassungsschutz-Ämter und die Innenministerkonferenz eine Einschätzung zu der DG einzuholen. Erwartungsgemäß meldeten die Dienste, dass keine Bedenken gegen die Verfassungstreue der DG vorlägen – auch wenn sich ein Landesamt für Verfassungsschutz kritisch über die DG geäußert hatte. Denn ausgerechnet Hahns Verbindung, die »Hochschulgilde Trutzburg Jena zu Göttingen«, ist dem niedersächsischen Verfassungsschutz gut bekannt. Das Amt beobachtet, ob bei ihr »die Grenze zur verfassungsfeindlichen Bestrebung überschritten« werde. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius sagte, er würde seinem Regierungschef die Besetzung des Postens des Sprechers durch einen Gildenschaftler »wegen ihrer ideologischen Schnittmenge mit dem Rechtsextremismus nicht empfehlen«.

Kritiker mundtot gemacht

Die Thüringer CDU hielt die Affäre um ihren Sprecher mit der Unbedenklichkeitserklärung der Geheimdienste im November 2013 für beendet. Doch der damalige Thüringer Bildungsminister, Vize-Ministerpräsident und Landesvorsitzende der SPD, Christoph Matschie, ließ es damit nicht bewenden. Sein Ministerium beauftragte Wolfgang Benz mit einem Gutachten zur »Zeitgeschichtlichen Bewertung der Deutschen Gildenschaft«. Damit solle »eine öffentliche Debatte« über den Charakter der DG ermöglicht werden, erklärte die Regierung Ende November 2013. Doch dazu kam es nie. Zwar erreichte das Ergebnis des Gutachtens, Hahn sei nicht tragbar, die Öffentlichkeit, doch die Studie in Gänze verschwand in der Schublade der Ministerialbürokratie – bis heute. SPD-Minister Machnig, der die Debatte in der Regierung angestoßen und die Kritik an Hahn und seiner Vergangenheit offensiv befeuert hatte, musste wenig später seinen Posten räumen. Im September 2013 berichtete das Magazin »Der Spiegel«, er habe angeblich doppelte Bezüge kassiert. Der Kritiker Machnig war ruhig gestellt, die Ermittlungen gegen ihn wurden später ergebnislos eingestellt.

»Konservative Revolution« als Kern

Benz kritisiert in dem 65-seitigen Gutachten, dass sich die Regierung auf die Unbedenklichkeitserklärung der Geheimdienste verlassen habe: Denn »mit formalen Kriterien«, ob zum Beispiel eine verbale »Bekundung der Verfassungstreue« vorliege, sei eine Bewertung der DG nicht möglich, es bedürfe vielmehr einer »sorgfältigen Prüfung, welche Inhalte, Positionen und Strategien« von der DG und »ihren Vertretern im politischen Raum« vertreten würden. Benz skizziert daher in seinem Schriftsatz detailliert »politische Positionen und intellektuelles Umfeld, Strukturen und Akteure« des rechten AkademikerInnenbundes.

»Die Berufung auf die ‹konservative Revolution› in der Weimarer Republik und ihre Epigonen in der Bundesrepublik ist ein erhebliches Indiz für ein Demokratieverständnis, das allenfalls dem Buchstaben, nicht aber dem Geist des Grundgesetzes entspricht«, stellt Benz mit Blick auf die »Neue Rechte« klar, die er als »Ortsbestimmung im Spektrum zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus« definiert. Sie bediene sich »ausschließlich traditioneller Denkfiguren mit unterschiedlicher völkischer, nationalistischer, kulturrassistischer, ethnozentristischer und antidemokratischer Ausprägung« und »schließt an die ‹konservative Revolution› der Weimarer Republik an«. Die DG stehe, so Benz, »nach ihrem Selbstverständnis« in dieser Tradition.

Bezug auf rechte Theoretiker

Ausdrücklich müssten in einem Fall wie Hahn auch jene politischen Positionen des »Inhabers eines hohen politischen Amtes« geprüft werden, die »er als Privatmann vertritt«, schreibt Benz und nimmt die zahlreichen früheren Schriften Hahns ins Visier. Unter anderem einen Text zur Geschichte der DG, der 1998 in einer von ihm als stellvertretendem Schriftleiter mit verantworteten Sondernummer der »Blätter der deutschen Gildenschaft« zum 75. Gründungsjubiläum der Gildenschaft veröffentlicht worden war. Hahn verweise darin unter anderem auf den Nationalbolschewisten Ernst Niekisch, den Theoretiker des Ständestaates Othmar Spann und einen Vordenker der »Neuen Rechten«, Armin Mohler, als geistige Ahnen der DG. Der Bund folge dieser Traditionslinie der antidemokratischen »Konservativen Revolution«, so Benz, verschleiere sie aber: »Das ist nicht nur das Prinzip der von Hahn mitverantworteten Festschrift, sondern generell Methode der Selbstdarstellung«. Statt einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Verbandes, »zeichnet Hahn ein (…) positives Bild, das die grundsätzlich demokratiefeindlichen, rassistischen, expansionistischen und xenophobischen Ideologeme marginalisiert und

Gutachten über politische Positionen und intellektuelles Umfeld, Strukturen und Akteure der „Deutschen Gildenschaft"

I. Anlass und Auftrag
II. Die „Neue Rechte"
III. Die „Deutsche Gildenschaft"
1. Strukturen
2. Ideologische Positionen
IV. Die „Junge Freiheit"
V. Das „Institut für Staatspolitik"
VI. Verlag „Edition Antaios"
VII. Geopolitik: Ein Aktionsfeld im Politikv[…] „Neuen Rechten"
VIII. Fazit

^ Das Gutachten zu Karl-Eckhard Hahn

Emotionalität statt Rationalität als politische Haltung propagiert«. Benz zitiert ergänzend einen Beitrag des Politikwissenschaftlers Hajo Funke, der Hahn »Textmanipulation und extrem rechte Subversion« vorwarf. Seine Darstellung der Geschichte der DG »enthält sich nahezu jeder kritischen Reflexion«. Es werde ein idealisiertes Bild der Gilden in der Weimarer Republik gezeichnet.

Reaktionär und rückwärtsgewandt

Benz zieht zudem die »Salzburger Erklärung« der DG von 1992, eine Art Programm des Verbandes, heran, um den politischen Charakter des Verbandes deutlich zu machen. Deutschland werde darin als »Nationalstaat mit einer erwünschten ethnisch, geschlossenen Bevölkerung (‹deutsches Volkstum›)« verstanden, von dem »ausdrücklich ‹Fremde› unterschieden« würden; sie hätten einen »besonderen Status« und »keinen selbstverständlichen Anspruch auf Bürger- und politische Partizipationsrechte«. Benz kritisiert an der Erklärung die Verwendung »nationaler und völkischer Assoziationen« und die »diffuse und bewußt verschleiernde Sprache« der DG, die zu historischen Analogien mit dem NS zwinge. So würde die Erklärung der DG »von angesprochenen Sympathisanten (…) verstanden werden« und könne zugleich »gegenüber Kritikern bei Bedarf leicht dementiert werden«. Das Papier verwende »Schlüsselbegriffe für ein deutschnationales, d.h. auf nationalstaatliches und egozentrisch-patriotisches Verständnis von ‹Volk› und ‹Nation›«, zum Beispiel bei der Erwähnung der »tatkräftigen Unterstützung des deutschen Volkstums« jenseits der Grenzen der Bundesrepublik Deutschlands, beim Bezug auf »Volksgruppenrechte« oder in der Klage über den »schmerzlichen Verzicht auf die Ostgebiete und das Sudetenland«. Benz stellt klar: »Wer (…) von einem ‹schmerzlichen Verzicht› auf diese Gebiete spricht, äußert entweder großdeutsche Ambitionen oder lebt in der politischen Vorstellungswelt des Nationalsozialismus«. Während in der »Salzburger Erklärung« ausführlich das Übel der »sozialistischen Diktatur« und die »materiellen und immateriellen Schäden aus jahrzehntelanger kommunistischer Diktatur« beklagt werden, sei vom NS »keine Rede«, kritisiert Benz. »Die Ausgliederung nationalsozialistischer Ideologie und Herrschaft, ihre Wirkungen und Folgen aus der Analyse und Interpretation von Entwicklungen des 20. Jahrhunderts ist ein Charakteristikum rechtsradikalen Denkens«, schreibt der Historiker. Zugleich durchziehe das Grundsatzpapier der DG ein »kulturpessimistischer Tenor«, die »Forderung nach mehr nationalem Selbstbewußtsein« sei reaktionär.

Alldeutsche Propaganda

Auch Hahns Vorstellungen zur Geopolitik, einer durch den NS und den deutschen Imperialismus »kontaminierten« und wissenschaftlich nie anerkannten Konzeption, geben Hinweise auf Hahns Verortung. Der Begriff »spielt bei Karl-Eckhard Hahn eine wichtige Rolle«, bilanziert Benz, unter anderem in einem Aufsatz in dem von Heimo Schwilk und Ulrich Schacht herausgegebenen neu-rechten Standardwerk »Die selbstbewußte Nation« (1994), in einem Artikel im »Lexikon des Konservatismus« (1996) sowie in einer Übersetzung in der belgischen neu-rechten Zeitschrift »Tekos« (2005). Bei Hahn seien die Positionen, die zur Geopolitik in der DG und der »Neuen Rechten« vertreten werden, »exemplarisch formuliert«. Deutlich werde darin »ein Anspruch auf Geltung der Nation« und Skepsis »gegen die Übertragung von Souveränitätsrechten auf die europäische Union, in der Deutschland zu wenig Einfluß und Durchsetzungsmöglichkeiten für Großmachtambitionen habe«, kritisiert Benz. Im Kern gehe es um »die ‹deutsche Frage›, die aber den Nationalsozialismus völlig ausklammert (…). Die Teilung Deutschlands, die Territorialverluste 1945 erscheinen in der Betrachtungsweise als fremdverursachtes Unglück, dessen Revision implizit betrieben werden muss«, analysiert Benz Hahns Schriften zur Geopolitik. Er wirft Hahn mit Blick auf seine Bezugnahme auf den »Geopolitiker« Karl Haushofer vor: »Fünfzig Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus solche Bestrebungen mit Sympathie zu zitieren offenbart entweder einen Grad politischer Torheit, den man sich bei einem Autor, der die Bezeichnung Historiker beansprucht, kaum vorstellen kann. Dann aber ist es Ideologieproduktion, die betrieben wird, um alldeutsche Positionen, Expansionismus und deutsche Großmachtphantasien zu propagieren«. Benz lässt kein gutes Haar an Hahns geopolitischen Vorstellungen: »So einfach kann Geschichtserklärung sein, wenn sie dem Wunsch dienen muss, ein mächtiges Deutsches Reich, dessen Volkstumsgrenzen mit den Staatsgrenzen übereinstimmen, zu erträumen«.

Erfolgreiches Netzwerk

Abschließend beschreibt Benz in seinem Gutachten ausführlich das Netzwerk der »Neuen Rechten« und die Rolle dreier zentraler Akteure darin, die aus der DG stammen: Dieter Stein als Gründer und Kopf der »Junge Freiheit«, Karlheinz Weißmann als Vordenker des Blatts und Mitbegründer des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) sowie Götz Kubitschek als Verleger der »Edition Antaios«, IfS-Mitgründer und Redakteur der neu-rechten »Sezession«. Das Netzwerk der »Neuen Rechten« verstehe sich »als rechte intellektuelle Elite« und habe eine »Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Extremismus«, schreibt Benz. Die DG fungiere als »Kaderschmiede«, ihre Vertreter seien »Provokateure, die in der demokratisch verfassten Gesellschaft Einfluss gewinnen möchten«. Die »ultrakonservativen Akteure« der DG würden »in einer nicht justiziablen Grauzone operieren und gesellschaftlichen Einfluß nehmen wollen. Das propagierte Gedankengut ist teilweise undemokratisch, nach einem Idol der Gruppierung, Armin Mohler, kann man es als Spielart des Faschismus in modernisierter Aufmachung bezeichnen«. Hahns Karriere - vom Autoren und Redakteur in neu-rechten Publikationen zum Sprecher einer Landesregierung – zeigt, dass das Netzwerk mit seiner Strategie durchaus Erfolg haben kann.

Polen nach den Wahlen

Der Aufstieg des Nationalismus und die Hilflosigkeit Europas

von Kamil Majchrzak



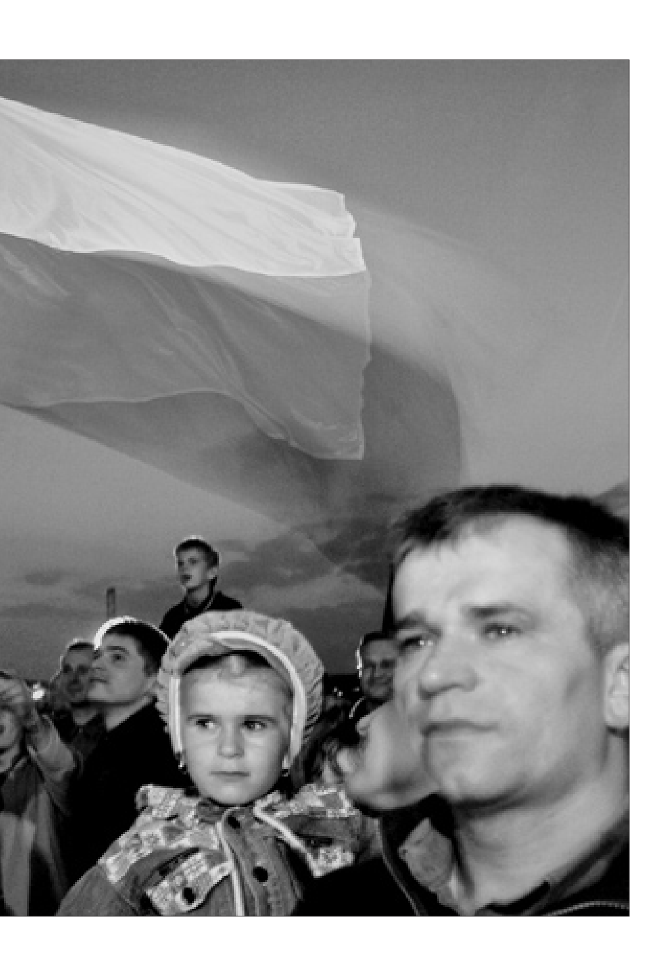
^ 2004 wurde Polens EU-Beitritt noch gefeiert – wie hier an der deutsch-polnischen Grenze bei Frankfurt/Oder

Zum ersten Mal seit 1989 gewann eine einzige Partei die absolute parlamentarische Mehrheit im Sejm (Unterhaus) des polnischen Parlaments. Anders als bei ihrem Wahlsieg 2005, als die nationalistische »Prawo i Sprawiedliwość« (»Recht und Gerechtigkeit«, PiS) zur Bildung einer Minderheitsregierung unter Jarosław Kaczyński auf die Unterstützung der neofaschistischen »Liga Polskich Rodzin« (»Liga der Polnischen Familien«, LPR) und der rechtspopulistischen Bauernpartei »Samoobrona RP« angewiesen war, verfügt die PiS diesmal über 235 von 460 Sitzen. Die Fortsetzung eines 2002 bei den Kommunalwahlen landesweit praktizierten Wahlbündnisses PO-PiS aus der »Bürgerplattform« (»Platforma Obywatelska«, PO) und der PiS kam nicht in Frage, da es bereits vor Jahren bei den Wahlen 2005 gescheitert war. Durch die PiS wurde die PO nun als Vertreterin einer linken Politik ausgemacht und bekämpft. Polens neuer Außenminister Witold Waszczykowski wurde deutlich: Die PO habe eine »Welt nach marxistischem Vorbild« geschaffen, in der sich alles »zu einem neuen Mix von Kulturen und Rassen, eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen« bewege.

Über die PiS-Liste wurden auch drei libertäre Nationalisten der euroskeptischen Partei »Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja« (»Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung«, KORWiN) gewählt, deren Vorsitzender Janusz Korwin-Mikke letzten Sommer als Abgeordneter im EU-Parlament mit dem Zeigen des Hitlergrußes einen Eklat auslöste. Auf der KORWiN-Liste wurden erfolglos AktivistInnen der neofaschistischen »Ruch Narodowy« (»Nationale Bewegung«, RN) aufgestellt. Robert Winnicki, Vorsitzender der RN und acht weitere RN-Mitglieder errangen dagegen ein Mandat über die Liste der rechten Bewegung »Kukiz'15« des Musikers Paweł Kukiz, die zur drittstärksten Kraft wurde (8,8 Prozent und 42 Mandate), darunter der ehemalige Parteivorsitzende der »Liga Polskich Rodzin« (»Liga Polnischer Familien«, LPR) Sylwester Chruszcz.

Nationalistische Geschichtspolitik

Der jüngste Wahlsieg stellt keine Abwahl der bisherigen Beschwichtigungs-Politik der regierenden PO gegenüber dem Nationalismus dar. Es war die PO, welche die Idee von Lech Kaczyński zur Einführung eines Nationalfeiertages am 1. März für sogenannte »Verfemte Soldaten« (»żołnierze wyklęci«) durch das Parlament brachte. Die Taten dieser »verfemten Helden des Widerstands« bestanden im Zweiten Weltkrieg vor allem in der Verfolgung von Jüdinnen und Juden und dem Aufspüren von KommunistInnen. Hier wurde das Ergebnis von einem Vierteljahrhundert geschichtspolitischer Umerziehung hin zum Nationalismus nun in Gesetzesform gegossen. Seit 2011 ist der 1. März offiziell nationaler Gedenktag. Damit setzt Polen den seit 25 Jahren stattfindenden Prozess der Umdeutung der kollektiven Erinnerung und Geschichte des 20. Jahrhunderts um: die Verdrängung des Antifaschismus aus der Geschichte Europas. Doch die damit verbundene Ideologie einer Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus, von »brauner und roter Diktatur« und der Extremismus-Theorie als Instrument zur Stärkung der Institutionen der in erster Linie wirtschaftsliberalen Demokratie, konnten langfristig nur zu Gunsten der Stärkung des Nationalismus erfolgen. Die Konstruktion der nationalen Identität in Osteuropa nach 1989 beruht auf essentialistischen Zuschreibungen an eine europäische Kultur oder einen europäischen Geist und der geschichtspolitischen Rehabilitierung faschistischer und autoritärer Vergangenheit. Ferner spielt gerade in Polen der Katholizismus in seiner dogmatischen Form eine wichtige Rolle. Diente er doch Jahrzehnte lang als Identifikationsangebot in Opposition zum Staatssozialismus. Dabei wird vergessen, dass der heute von RechtspopulistInnen praktizierte Euroskeptizismus lediglich Ausdruck eines Kulturkampfes ist – um die Definition von Europa und seine als dekadent markierte Institutionen und nicht die Zurückweisung Europas an sich. Die reaktionäre preußische Ideologie von Mitteleuropa wird paradoxerweise von jenen glorifiziert, gegen welche sie sich ursprünglich gerichtet hat. Nationale Eigenständigkeit mitteleuropäischer Staaten wurde bereits in den 1980er Jahren von Intellektuellen wie Milan Kundera als Bedingung für das Überleben Europas popularisiert. Der Untergang des Nationalismus in Ungarn oder Polen, so die These, sei gleichbedeutend mit dem Untergang Europas. Die Nachkriegs-Verbrechen des Stalinismus und die Spaltung Europas erlaubten Kundera in seinem berühmten Aufsatz »The Tragedy of Central Europe« von 1984 den Euronationalismus zu rehabilitieren und ihn als Beleg der Zugehörigkeit von Staaten wie Polen oder Ungarn zur europäischen Familie »freier Völker« zu begründen. Das Versagen der konservativen und wirtschaftlichen Eliten der Weimarer Republik, die frühzeitig mit der parlamentarischen Demokratie gebrochen haben, und die ausgebliebene Entnazifizierung, blieben bei Kundera unerwähnt. Das nationalistische Denken zur Abwehr einer vermeintlichen »Bolschewisierung« der Kultur und der nationalen Identität bildet heute den Kern aller nationalistischen Politik in Osteuropa seit 1989.



Demontage der Demokratie

Angesichts des gegenwärtig in Europa stattfindenden Rechtsrucks ist eine Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalismus, den Ursprüngen des Faschismus und der Rolle der europäischen Gesellschaften während der Shoah sowohl in Polen als auch anderen Ländern wichtiger denn je. Durch die Übernahme linker Phraseologie stilisiert sich die PiS, im Schatten dieser ideologischen Zurichtung, als Antisystem-Partei, die die »reine polnische Seele« bewahren will und sich der VerliererInnen der Transformation seit 1989 annimmt.

Die Krokodilstränen des Westens über den angeblichen Rechtsruck in Polen vernebeln dabei die Tatsache, dass der National-Chauvinismus und das Wiedererstarken einer gewalttätigen Rechten in Polen nicht erst durch den jüngsten Wahlsieg der Nationalisten besiegelt wurden. Der Rechtsruck ist die Fortsetzung einer nationalistischen Entwicklung, deren Ursache in dem politischen Elend Europas als Ganzes und nicht nur Osteuropas liegt. Die nationalistische Wirklichkeit stellt insofern Kunderas europäische Mystifikation, unter umgekehrten Vorzeichen, vom Kopf auf die Füße. Die von den politischen Eliten Europas seit Jahren betriebene Demontage der parlamentarischen Demokratie wird in Osteuropa besonders sichtbar und zeigt, dass diese kein effektives Instrument im Kampf gegen Nationalismus, Antisemitismus und Rechtspopulismus darstellt. Während der Liberalismus in Westeuropa noch vor nicht allzu langer Zeit durch sein Versagen 1933 als Phänomen des 19. Jahrhunderts ohne Zukunftschancen betrachtet wurde, widmete Osteuropa diesen Bankrott in einen neuen Gründungsmythos der parlamentarischen Demokratien nach 1989 um. Die Widersprüche dieses ideologischen Diskurses werden an der praktizierten Geschichtspolitik in Osteuropa deutlich. Wo das antifaschistische Erbe verdrängt und diffamiert wird, kann langfristig nur eine fragile Demokratie entstehen, die selbst ohne die Gefahr einer möglichen Restauration einer faschistischen Gewaltherrschaft, permanent durch Nationalismus delegitimiert wird – insbesondere in Zeiten der Flüchtlings- und Wirtschaftskrise, wie wir sie gegenwärtig in Europa erleben.

Europäische Kritik – Europas Hilflosigkeit

Die polnischen NationalistInnen haben nun nahezu alle Mittel, um die politische Pluralität zu begrenzen. Mit ihrer Personalpolitik in den staatlichen Institutionen wie Fernsehen und Staatsanwaltschaft haben sie bereits damit begonnen. An der ähnlichen Praxis der Vorgängerregierung – der neoliberalen PO – störte sich in Europa jedoch offenbar niemand. Die wohlfeile Demokratie-Kritik aus Deutschland und Europa an den jüngsten Entwicklungen in Polen ist unglaubwürdig, weil sie geflissentlich bei der Etablierung einer Kultur des Faschismus unter Viktor Orbáns »FIDESZ« in Ungarn geschwiegen hat. Sie schwieg, wenn NeofaschistInnen an der Regierung in Kroatien beteiligt wurden und unternahm nichts gegen antisemitischen Geschichtsrevisionismus in den Baltischen Staaten. Das Hohelied auf vermeintlich europäische Werte kann angesichts des tausendfachen Todes von Geflüchteten an der EU-Außengrenze genauso wenig überzeugen wie die Missachtung demokratischer Wahlentscheidungen gegenüber Griechenland im Zuge der Euro-Krise. Die Geschichte der Europäischen Union zeigt vielmehr, dass nicht die Verletzungen demokratischer Werte, Rechtspopulismus oder Rassismus zu Maßnahmen und Sanktionen führen, sondern höchstens eine Abwertung durch Rating-Agenturen. Die Weigerung der polnischen Regierung, das jüngste Urteil des Verfassungsgerichtshofs anzuerkennen, indem die Verfassungswidrigkeit des erst im Dezember 2015 beschlossenen Gerichtshof-Gesetzes festgestellt wurde, ist eine massive Missachtung der Gewaltenteilung. Sie wiegt genauso schwer wie die folgenlose Einrichtung der CIA-Foltergefängnisse in Polen unter der damaligen linken Regierung. Auch hier wurde kein Regierungsmitglied vor dem Staats-Gerichtshof zur Verantwortung gezogen.

Obwohl im medialen Schlagabtausch nach der Abstimmung die Abwahl der Richter am polnischen Verfassungsgerichtshofs im Vordergrund steht, haben die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung weitaus größere Bedeutung. Es verwundert daher nicht, dass wenige Tage nachdem ein Gesetzentwurf der regierenden NationalistInnen zur Besteuerung ausländischer Banken ins Parlament eingebracht wurde, die Herabstufung der Kreditwürdigkeit Polens durch die Ratingagentur »Standard & Poor`s« vollzogen wurde.

Seit 1989 beteiligt sich Europa daran, demokratische Prinzipien und Grundwerte in ihr Gegenteil zu verkehren. Anstatt die Folgen zu erkennen, steht es heute Polen genauso hilflos gegenüber, wie im Jahr 2000 dem Bündnis aus »Österreichischer Volkspartei« und der »Freiheitlichen Partei Österreichs«. Einzige demokratietheoretische Lehre der politischen Eliten Europas ist seit 1989 offenbar der Versuch, die Angst über die wachsende Masse der politisch heimatlos gewordenen SystemverliererInnen in Europa, durch die eigene Öffnung nach rechts zu sanieren. Nach wie vor übt der diskrete Charme des offen zur Schau getragenen Nationalismus in Osteuropa unter Viktor Orbán und Jaroslaw Kaczyński eine große Bewunderung und Angst zugleich unter den herrschenden Konservativen in Westuropa aus. Wenig überraschend werden in Polen der Nationalismus und Patriotismus als etwas Positives, als Ausdruck der gesellschaftlichen Solidarität wahrgenommen. Große Teile der Bevölkerung und der sie repräsentierenden politischen Parteien, auch der sich als links und fortschrittlich verstehenden, knüpfen mit ihrer nationalistischen Heldenverehrung an diesen an. Über alle gesellschaftlichen Schichten hinweg, wollen alle Anteil an der nationalen Mystifikation haben. Kaum eineR stellt das Konstrukt der nationalen Identität in Frage.

Die Entwicklungen in Polen und der Slowakei zeigen, dass universelle Werte eines pluralistischen Antifaschismus notwendig wären, um der Bedrohung durch Neofaschismus in Europa und der in Osteuropa stattfindenden neokonservativen Revolution zu begegnen.

Vertagte Weichenstellung

Den französichen Regionalwahlen vom Dezember 2015 wurde europaweit Aufmerksamkeit gewidmet. Bestand doch die Gefahr, dass der »Front National« zukünftig mehrere Regierungen auf regionaler Ebene stellen könnte.

von Bernard Schmid



^ Marine Le Pen und Louis Aliot

Will man in der Politik ein unangenehmes Problem auf die lange Bank schieben, dann richtet man bekanntlich einen Ausschuss dafür ein; will man es beerdigen, nennt man das Ganze ‹Grundsatzkommission›. Und will man als SpitzenpolitikerIn eine heikle Fragestellung vorsichtig ausloten, ohne einstweilen Position beziehen zu müssen, dann bietet sich beispielsweise ein ‹Strategieseminar› dazu an. Dort lässt man dann alle möglichen anderen Führungsleute Position beziehen, ohne sich selbst klar festzulegen – und holt dann hinterher die Kastanien aus dem Feuer, falls sich ein Konsens abzuzeichnen beginnt.
Ungefähr so hatte es sich die Parteiführung des »Front National« (FN) wahrscheinlich vorgestellt, als sie vom 5. bis zum 7. Februar 2016 um die 100 SpitzenvertreterInnen der Partei zu einem ebensolchen ‹Strategieseminar› rief. Getagt wurde in einem Hotel in Etiolles, im südlichen Pariser Umland. Allerdings: Konsens konnte bislang in der Folge der Veranstaltung noch keiner hergestellt werden. Vielmehr machen nun verschiedene Seilschaften annähernd genauso weiter wie bisher, obwohl sie doch eigentlich notwendige Klärungen hätten herbeiführen sollen.
Doch der Reihe nach. Den Auslöser dafür, dass Louis Aliot – Vizevorsitzender der neofaschistischen Partei, und Lebensgefährte ihrer Chefin Marine Le Pen – Anfang Januar diesen Jahres die Initiative dazu ergriff, im Vorstand die Einberufung einer solchen Tagung zu fordern, lieferten die Wahlergebnisse der extremen Rechten im Dezember 2015.
Damals fanden am 6. und 13. Dezember in ganz Frankreich die Wahlen zu den Regionalparlamenten statt, in zwei Durchgängen. Allgemeine Aufmerksamkeit erregte damals zunächst das Abschneiden des FN in der ersten Runde. Mit 28,2 Prozent der Stimmen im Landesdurchschnitt (ohne Überseegebiete) erhielt die Partei ihr bisher höchstes Wahlergebnis überhaupt, allerdings vor dem Hintergrund einer Stimmenthaltung in Höhe von 50 Prozent im ersten Wahldurchgang. Doch im zweiten Wahlgang gelang es dem FN dann in keiner einzigen der 13 französischen Regionen – um eine in den Medien viel benutzte Metapher zu verwenden – die Vorlage auch in ein Tor zu verwandeln.
Obwohl Umfragen der Partei vor der ersten Runde noch reale Siegeschancen auch in der Stichwahl für mehrere Regionen vorausgesagt hatten, vor allem für Nord-Pas de Calais-Picardie (NPDCP) im Nordosten und Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA) in Südostfrankreich, reichte es nirgendwo für eine eigene Mehrheit. In PACA erzielte der FN zwar in der Stichwahl 45,2 Prozent, und in NPDCP waren es 42,2 Prozent, nachdem im ersten Wahlgang in beiden Fällen je 40,6 Prozent erreicht wurden. Dies genügte jedoch nicht, um eine Regionalregierung zu übernehmen. In den beiden besonders ‹gefährdeten› Regionen nahmen jeweils nur zwei Listen an der Stichwahl teil. Beide Male hatte sich die sozialdemokratische Liste zurückgezogen und einen Wahlaufruf zugunsten der konservativ-liberalen bürgerlichen Rechten abgegeben. Deswegen war dort eine absolute und nicht (wie bei drei oder mehreren Kandidaturen) nur eine relative Mehrheit erforderlich. Diese Hürde konnte der FN nicht nehmen.
In den ersten Dezembertagen hatte zwar ein Meinungsforschungsinstitut der Partei in Nordostfrankreich noch 52 Prozent für die Stichwahl prognostiziert, doch waren die Umfragewerte im Laufe der Woche zwischen beiden Runden dann unter die 50-Prozent-Marke gerutscht.

Strategisches Problem des FN

Die Niederlage des FN in den Stichwahlen weist vor allem auf das nach wie vor bestehende strategische Problem hin, dass er über keine Verbündeten unter den anderen politischen Kräften verfügt. Dadurch fehlen ihm die Stimmreserven, die für andere politische Parteien daraus resultieren, dass sie in der zweiten Runde ihre WählerInnenpotenziale mit denen anderer Parteien bündeln. Nachdem die sozialdemokratischen Listen zugunsten einer Wahlempfehlung für die Konservativ-Liberalen zurückgezogen worden waren, wuchsen mit der Vorgabe der absoluten Mehrheit die Anforderungen für die extreme Rechte erheblich.

Denn in einer Stichwahl mit nur zwei Listen ist eine absolute Mehrheit für den Wahlsieg erforderlich. Eine solche hat in jüngerer Zeit keine extrem rechte Partei in Europa erreicht. Zwar regierten oder regieren solche Parteien manche Regionen in Europa (in Österreich ehemals Kärnten und jetzt das Burgenland, in Italien die norditalienischen Regionen Lombardei und Venetien). Doch erreichten die betreffenden Parteien – »Freiheitliche Partei Österreichs« und »Lega Nord« – dabei jeweils nur relative Mehrheiten und schlossen Koalitionen mit anderen Kräften. Historisch hat selbst die NSDAP in zugespitzten wirtschaftlichen Krisenzeiten keine eigene absolute Mehrheit erreicht (jedenfalls nicht auf nationaler Ebene, auf regionaler Ebene erreichte sie erstmals in Oldenburg im Mai 1932 eine absolute Mehrheit), sondern sie ging Bündnisse mit Deutschnationalen und Konservativen ein, welchen sie ihren Aufstieg zur Macht mit verdanken konnte.

Welche Konsequenzen zieht daraus der FN?

Eine Fraktion innerhalb der Partei – und ihrer Führung – folgert nun aus diesen Feststellungen, dass die bisherige Strategie falsch gewesen sei. Diese grenzt sich von der bürgerlichen Rechten ebenso scharf ab wie von der sozialdemokratischen und anderen Linken. Von beiden, so lautet die Argumentation der extremen Rechten, unterscheide man sich durch die Forderungen nach radikalen Brüchen: mit der bisherigen Immigrationspolitik, aber auch mit der Europäischen Union und dem Euro sowie mit der bisherigen Form der Einbindung in die wirtschaftliche »Globalisierung«.

Das Ganze wird von einem Sozial- und Wirtschaftsdiskurs begleitet, der stark auf soziale Demagogie aufgebaut sowie von einer tendenziell etatistischen Vision gekennzeichnet ist. Kapitalistische Eigentumsverhältnisse werden zwar mitnichten infrage gestellt, doch steht eine Vision von einem »starken Staat« respektive »strategischen Staat« als Wirtschaftsplaner und Beschützer des nationalen, inländischen Kapitals im Mittelpunkt. Dies charakterisiert die Programmatik und den Diskurs des FN seit den 1990er Jahren, während er in den 1980er Jahren noch radikal neoliberal und aggressiv marktwirtschaftlich ausgerichtet war. Die Wende brachten damals der Fall der Berliner Mauer und die anschließende Implosion des sowjetischen Blocks. Vor dem Hintergrund einer zentralen These, die da lautete: »Der Marxismus ist tot!«, betrachteten führende Intellektuelle und Strategen der extremen Rechten sich selbst als die verbliebene »einzige Alternative« zum Bestehenden. Entsprechend glaubten sie, durch eine (verbal)radikale Ausrichtung im Diskurs und die Aufnahme »sozialer« Elemente in das Parteiprogramm nun auch eine WählerInnenschaft von der Linken übernehmen zu können, nachdem die WählerInnen des FN in den 1980er Jahren noch überwiegend von der konservativen Rechten gekommen waren. Teilweise, vor allem im früheren Bergbaurevier in Nordostfrankreich, ging diese Strategie auch auf. Allerdings nicht in dem erhofften Ausmaß.

Nun gerät diese Strategie, erstmals seit 25 Jahren, erheblich unter innerparteilichen (wie auch äußeren) Druck. Eine wachsende Fraktion kritisiert, dass eine Fortsetzung dieser Strategie verkenne, dass sowohl Überschneidungen bei einer zwischen zwei Parteien zögernden WählerInnenschaft als auch Bündnismöglichkeiten sich heute viel eher bei der konservativen Rechten als im Bereich der Linken befänden. Dort seien, so wird argumentiert, die Möglichkeiten zum Erschließen von WählerInnenpotenzialen »bereits erschöpft«, da diesbezüglich alle Register gezogen worden seien. Doch im sogenannten Mittelstand verstehe man, so die Kritik, die »oft sozialistisch klingenden« wirtschafts- und sozialpolitischen Töne der Partei nicht. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, monieren etwa mehrere südfranzösische Bürgermeister der extremen Rechten – am lautesten wohl Robert Ménard, Rathauschef in Béziers, aber auch die südostfranzösische Spitzenkandidatin und Parlamentsabgeordnete Marion Maréchal-Le Pen (eine Nichte von Marine Le Pen) –, dass man auf einer »linken Fahrbahn« herum irrlichtere.

Im Prinzip ja, aber ...

Das Seminar endete ohne ein klares Ergebnis. Die Forderung nach dem Euro-Austritt, die ebenfalls für heftige Polemiken sorgte, weil sie ebenso als Schreckgespenst für mittelständische und wohlhabende WählerInnen wie als ernsthaftes Hindernis bei Gesprächen mit Konservativen gilt, wurde nicht aufgegeben. Darauf insistiert jedenfalls der Vizevorsitzende des FN, Florian Philippot, der als Hauptverfechter dieser Positionen gilt. Allerdings wurden leisere Töne zum Thema als bisher angeschlagen. Als Vorbild wurde in den letzten Wochen nun des Öfteren der britische Premierminister, David Cameron, angeführt. Dieser drohte mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs – zwar nicht aus dem Euro, dem es nie angehörte – aber aus der Europäischen Union; um jedoch letztlich vor allem größere Spielräume für sein Land innerhalb der EU herauszuholen. Seit einer vorläufigen Einigung am 19. Februar 2016 in Brüssel ruft Cameron nun inzwischen seinerseits zum Verbleib in der EU auf. Am 23. Juni wird dazu in Großbritannien eine Volksabstimmung stattfinden.

Das britische Modell (Kampf um »nationale Interessen« innerhalb der EU plus Forderung nach einem Referendum) wird nunmehr von Teilen des FN hervorgehoben, um auch zu konservativen Kräften eine Brücke zu bauen. Ansonsten bleiben die Vorstellungen von einem »strategischen Staat« bestehen. Aber sie werden nunmehr stärker ergänzt durch eine Betonung von wirtschaftspolitischen Forderungen, die stärker auf die in Frankreich so genannte ‹micro-économie› (betriebswirtschaftliche Ebene, im Gegensatz zur ‹macro-économie›, der Volkswirtschaftsebene) zugeschnitten sind – also auf die Belange einzelner Unternehmen. Dazu zählen Forderungen nach Steuersenkungen, vor allem für mittelständische Betriebe, ‹Entbürokratisierung› oder weniger Sozialabgaben. Passend dazu wurde am 19. Februar 2016 ein neues Kollektiv am Rande der Partei unter dem Namen »Croissance bleu Marine« (»Marineblaues Wachstum«) gegründet, das für mittelständische UnternehmerInnen bestimmt sein soll.

Aber auch darum gibt es noch innerparteilichen Streit, da Florian Philippot derzeit die Oberhand über die insgesamt acht parteinahen »Kollektive« – darunter jene für LehrerInnen, für Studierende, für Kulturschaffende – innehat. Andere Leitungsmitglieder wollen ihn gerne stärker an den Rand drängen.

Dass sich der FN aber wieder verstärkt um solche Schichten bemühen müsse, um die er mit den Konservativen und Wirtschaftsliberalen konkurriert, scheint innerparteilich unstrittig. Nicht gelöst ist damit aber bisher die Bündnisfrage, die auf Dauer gestellt bleibt.

Studien zu »Rechtspopulismus in Deutschland«

von Sascha Schmidt

Mit der Publikation »Wut, Verachtung, Abwertung – Rechtspopulismus in Deutschland« liegt eine weitere Veröffentlichung aus der Reihe der ‚Mitte-Studien' der Friedrich-Ebert-Stiftung vor. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine neue Erhebung, sondern um einen Sammelband, der unter anderem vier Beiträge enthält, die bereits erhobenes Material der Studie »Fragile Mitte – Feindselige Zustände« vom August 2014 neu auswerten.
Eva Groß, Andreas Hövermann, Daniela Krause, Beate Küpper und Andreas Zick analysieren das Material der Erhebung von 2014 hinsichtlich vorhandener »Versatzstücke des Rechtspopulismus«, wie sie insbesondere von PEGIDA-AnhängerInnen vertreten werden. Die AutorInnen fragen zum einen nach der allgemeinen Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen in Deutschland. Zum anderen untersuchen sie, inwieweit solche Einstellungen bei denjenigen vorkommen, die sich selbst in der »Mitte« der Gesellschaft verorten.
Anhand eines Ost-West-Vergleiches erörtern die AutorInnen die weit verbreitete These, dass »Rechtspopulismus« ein überwiegend ostdeutsches Phänomen sei. Schließlich wird der »marktförmige Extremismus« (die ausgrenzende, ökonomistische Bewertung von Menschen) hinsichtlich seiner klassenspezifischen und soziodemographischen Verteilung in der Gesellschaft untersucht.
Die zudem enthaltenen sechs weiterführenden Beiträge nehmen eine Zustands- und Entwicklungsbeschreibung von PEGIDA und AfD vor. Simone Rafael widmet sich dabei dem Thema »Die Mitte und der ‹Genderwahn›«. Gideon Botsch und Christoph Kopke beschreiben Affinitäten und den Umgang mit antisemitischen Denkmustern. Entwicklungen und Radikalisierungstendenzen beschreiben Frank Decker, Alexander Häusler und Rainer Roesler in der AfD sowie Olaf Sundermeyer bei PEGIDA. In einem weiteren Aufsatz untersuchen Botsch, Kopke und Alexander Lorenz das Agieren der AfD am Fallbeispiel Brandenburg.
Bei den AutorInnen handelt es sich mehrheitlich um WissenschaftlerInnen und JournalistInnen, die seit Jahren zu diesem Themenkomplex arbeiten. Aufgrund der rapiden Entwicklungen – gerade innerhalb der AfD – sind jedoch einzelne Texte, die größtenteils im Frühjahr 2015 konzipiert wurden, nicht mehr ganz aktuell. Das Buch liefert dennoch hilfreiche Analysen zum Verständnis von PEGIDA und AfD.

Ralf Melzer, Dietmar Molthagen (Hg.), Andreas Zick, Beate Küpper: Wut, Verachtung, Abwertung – Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn: Dietz Verlag, 2015, 224 Seiten, 16,90 Euro.

»Staatsaffäre NSU«

von Maximilian Pichl

Nach der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 veröffentlichten vor allem JournalistInnen Bücher zur rassistischen Mordserie. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung ist jedoch defizitär. Mit »Staatsaffäre NSU – Eine offene Untersuchung« hat der Politikwissenschaftler Hajo Funke eine Monografie zum Thema verfasst.
Sein Buch liest sich wie eine Arbeitsanweisung für die aktuellen Untersuchungsausschüsse in Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Für alle drei Bundesländer konstatiert Funke im ersten Teil seiner Abhandlung, dass der NSU-Komplex entgegen der Aussage der Bundesanwaltschaft keineswegs »ausermittelt« sei, sondern zahlreiche offene Fragen bestünden. Funke lenkt damit die öffentliche Aufmerksamkeit weg von der Hauptangeklagten Beate Zschäpe, da die mediale Fokussierung auf ihre Person eher ein Hindernis der Aufklärung darstelle. Bei vielen offenen »Rätseln« sei gerade die Rolle der Sicherheitsbehörden zu klären, beispielsweise bei der Durchsetzung des »Ku Klux Klans« mit baden-württembergischen Polizisten, die Anwesenheit eines Verfassungsschutzmitarbeiters beim Kasseler Mordfall oder mögliche Tatbeiträge von V-Leuten beim Anschlag auf die Kölner Keupstraße.
Der zweite Teil widmet sich der Neonazi-Szene und insbesondere den staatlichen V-Leuten, die durch Dossiers vorgestellt werden. Besonders interessant ist dabei der politisch-kulturelle Kontext, der durch Funke beschrieben wird. Gerade in Thüringen habe eine »autoritär-ethnozentrische« Mentalität seitens der gesellschaftlichen Eliten dazu beigetragen einen Resonanzboden für neonazistische Strukturen zu schaffen.
Im dritten Teil wird die Verantwortlichkeit des Verfassungsschutzes für die NSU-Mordserie beschrieben. Funkes Chronologie der »Vertuschung und Sabotage« verdeutlicht die fortgesetzte Behinderung der Aufklärung durch die Ämter.
Funkes Buch ist vor allem eine Bestandsaufnahme des Wissens um den NSU-Komplex. Interessante Artikel von JournalistInnen druckt er mitunter vollständig ab. Für Einsteiger in den NSU-Komplex ist die Lektüre gewinnbringend. Seine zentrale These zum NSU-Komplex, dass der Verfassungsschutz die Form eines »permanenten Ausnahmezustands« angenommen habe, leitet er jedoch nur oberflächlich her. Funke schlägt eine bessere Kontrolle des VS, die Abschaffung des V-Leute-Systems und Schutz für Whistleblower vor. Doch wenn der VS im Ausnahmezustand fernab des Rechts ist, wie sollen dann diese Vorschläge seine Zurückdrängung befördern?

Hajo Funke: Staatsaffäre NSU – eine offene Untersuchung. Münster: Kontur-Verlag, 2015, 408 Seiten, 20 Euro.

»Nicht nur der NSU«

von Paul Wellsow

Eine faktenreiche Einführung in die Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus hat Fabian Virchow, Professor für Politikwissenschaft und Leiter des Forschungsschwerpunktes »Rechtsextremismus und Neonazismus« an der Fachhochschule Düsseldorf, vorgelegt. Jahrelang sei rechter Terror durch Polizei, Geheimdienste und in der Öffentlichkeit verharmlost worden. Vorgestellt werden die relevanten Gruppen und Personen der extremen Rechten, die seit den 1950er Jahren Anschläge durchführten und planten oder Waffen und Sprengstoff dafür horteten. Dabei fällt auf, dass eine Reihe dieser Gruppen Abspaltungen der NPD waren oder ihre Akteure die Partei durchlaufen hatten. Virchow stellt Konzepte (»lone wolf«, »führerloser Widerstand«, »Zellenbildung«) sowie in der Szene kursierende Schriften und Anleitungen des Rechtsterrorismus vor.
Bis zum Ende der DDR 1989/90 sah sich die Neonazi-Szene als »konsequenteste Verfechterin der ‹Einheit aller Deutschen›« und als Speerspitze im Kampf gegen den Kommunismus. Daraus leitete sie die Legitimation für Anschläge auf die innerdeutsche Grenze, auf Soldaten der DDR oder der Sowjetunion sowie auf Linke in der Bundesrepublik ab. Mit dem Wegfall des Feindes im Osten und der Debatte um die Asylpolitik in den frühen 1990er Jahren rückte die angebliche Bedrohung der »weißen Rasse« durch Einwanderung für die Szene des deutschen Rechtsterrorismus ins Zentrum. Dabei sah sie sich durch die Einstellungen in der Bevölkerung, massenhafte Gewalt gegen Unterkünfte für Flüchtlinge und die Übernahme von Forderungen zur scharfen Begrenzung des Rechts auf Asyl durch weite Teile der Politik bestätigt. Virchows Blick auf die Bedingungen zur Entstehung des Rechtsterrorismus, auf die Erfahrungen der Opfer des NSU, die durch die Ermittlungen selbst zu Verdächtigen gestempelt wurden, sowie auf das Agieren der Nachrichtendienste macht klar, dass Gesellschaft und Staat die Konjunktur rechter Gewalt beeinflussen. Virchow schließt mit der – angesichts der Welle unaufgeklärter Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte – aktuellen Feststellung: »Eine Kultur weitgehender Straflosigkeit gegenüber auch schweren Straf- und Gewalttaten, die in Thüringen und Sachsen in den 1990er Jahren die Entstehung einer gewalttätigen neonazistischen Szene und damit des NSU-Netzwerkes begünstigt hat, ist kontraproduktiv.«

Fabian Virchow: Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt, 2016, 102 Seiten, kostenloser Bezug gegen Porto über www.lzt-thueringen.de.

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen

Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

AFP (Seite 11)
Antifaschistisches Infoblatt (Seite 23)
AP (Seite 20)
Apabiz (Seite 16)
drr-Archiv (Seite 14, 18, 24, 29)
Mark Mühlhaus (Seiten 1, 3, 4, 6, 22, 30-31)
Miteinander e.V. (Seite 21)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.